

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Interaten-Anlon, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Plagvorkosten ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktorstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

## Ein neuer Vorstoß!

Die SPD. drängt zur Entscheidung.

Es ist offenbar, daß die kapitalistische Wirtschaft auf der ganzen Linie versagt hat. Namenlose Not haben die sogenannten Wirtschaftsführer über das gesamte deutsche Volk gebracht. Die unternehmerfreundliche Papen-Regierung glaubte hier durch ihre Notverordnungen Wandel schaffen zu können, doch sie hat dem bestehenden Elend nur weiteres hinzugefügt.

Drahtischer denn je ist zum Ausdruck gekommen, daß mit solchen Mitteln, wie sie seitens der Regierung Papen angewandt wurden, die Krise nicht behoben werden kann. Wenn wir einmal zur Gesundung der Wirtschaft und somit zur Beseitigung aller wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Not kommen wollen, dann müssen die Verantwortlichen im Reich endlich den Mut aufbringen, der privatkapitalistischen Ausbeutung energisch entgegenzutreten. Millionen erwerbslose Volksgenossen erwarten diesen Schritt!

Von sozialdemokratischer Seite ist schon von jeher der Gedanke einer planmäßigen Wirtschaftsführung propagiert worden. In einer Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 19. August hat man sich erneut mit dieser Frage auseinandergesetzt. Eine Reihe von Anträgen und Gesetzentwürfen wurden beschlossen. Neben einem umfassenden Programm zum Umbau der Wirtschaft finden wir Anträge zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Sicherung der Existenz der notleidenden Schichten, die den neuen Reichstag beschäftigen sollen. Die Kerngedanken dieser höchst aktuellen Forderungen sind:

### Aufhebung der Notverordnungen,

um den rücksichtslosen Sozialabbau und die einseitigen Massensteuerverhöhungen wieder rückgängig zu machen. Damit sollen die Unterstüßungen der Arbeitslosen, die Sozialrenten und die Versorgung der Kriegsveteranen wieder auf den früheren Stand gebracht werden. Verlangt wird weiter: die Aufhebung der Arbeitslosenabgabe, der Salzsteuer und die Wiedereinführung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer für die kleinen Gewerbetreibenden.

Beachtenswert sind zwei Gesetzentwürfe, welche die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen fordern. Ein Entwurf verlangt die Schaffung eines Gesetzes zur Wiedererhöhung der Sozialleistungen. Im grundlegenden § 1 heißt es:

„Die Arbeitslosenunterstützung in der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege der Gemeinden, die Renten aus der Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, Knappschaftsversicherung und Unfallversicherung sowie die Versorgung der Kriegsschadigten und Kriegshinterbliebenen werden vorerst wieder auf den Stand vor der Notverordnung vom 14. Juni 1932 gebracht.“

Der andere Entwurf behandelt eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung. Hiernach soll für den Winter 1932-33 für alle Empfänger von öffentlichen Unterstüßungen und Renten eine zusätzliche Winterhilfe geschaffen werden.

Um einen vollständigen

### Umbau der Wirtschaft,

der sich als notwendig erwiesen hat, zu erreichen, fordert die Sozialdemokratie Sozialisierung der Schlüsselindustrien, wie des Bergbaus, der Eisenindustrie, der Großchemie usw., sowie Verstaatlichung der Großbanken. Ein besonderer Gesetzentwurf verlangt die Enteignung des Großgrundbesitzes, um den nutzlosen Subventionen an verschuldete Großagrarier ein Ende zu bereiten, die Gesundung der Landwirtschaft anzubahnen und das freierwerbende Land für Siedlungszwecke an Landarbeiter und Kleinbauern zu verteilen.

Bei diesen Anträgen zur Planwirtschaft ist besonders der Entwurf eines Gesetzes über Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen für uns Bergarbeiter von Bedeutung. Er sieht wie folgt aus:

### „Entwurf

eines Gesetzes über die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen.

#### § 1.

Die Schlüsselindustrien und die aus öffentlichen Mitteln subventionierten Unternehmungen sind zu verstaatlichen.

#### § 2.

1. Die Verstaatlichung hat insbesondere zu umfassen alle privaten Unternehmungen

des Bergbaues,  
der Eisenindustrie,  
der sonstigen Metallgewinnung,  
der Großchemie,  
der Zementindustrie.

2. Die Verstaatlichung hat sich auf alle Nebenbetriebe sowie auf die Verwertung von Altmetall zu erstrecken.

#### § 3.

1. Die Entschädigung erfolgt nach der tatsächlichen Ausnutzung der Anlagen in den Geschäftsjahren 1929 bis 1931, höchstens jedoch zu den Börsenkursen vom 1. Juli 1932.

2. Auf die Entschädigung werden Steuerschulden, bisher gewährte Subventionen und sonstige Forderungen der öffentlichen Hand angerechnet.“

•

Für die Zeit des Uebergangs soll die Überwindung der Wirtschaftskrise und die Verminderung der Arbeitslosigkeit durch planmäßige Arbeitsbeschaffung und gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erleichtert werden. Die Arbeitsbeschaffung soll umfangreiche öffentliche Arbeiten, die Förderung der Hausreparaturen und die Beschäftigung von Arbeitslosen in stillliegenden Fabriken und Werkstätten erfassen.

Die Finanzierung dieser dringend notwendigen Pläne soll folgendermaßen durchgeführt werden: Erhebung von Kopfsteuern von den hohen Einkommen und Vermögen, Besteuerung des Luxusverbrauchs, Schaffung eines Staatsmonopols für die Zigaretten- und Rauchtobakindustrie, eines staatlichen Erdölmonopols, Offenlegung der Steuerlisten, Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen und Streichung der Fürstenabfindungen.

Die Gesetzesvorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden von der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land als ein Weg aus dem Dunkel begrüßt. Alle die Parteien, die sich im Wahlkampf als äußerst radikal gebärdet haben, werden zeigen müssen, ob sie bereit sind, diesen Vorschlägen zuzustimmen. Vor allem haben die National-„Sozialisten“ Gelegenheit, „ihren Sozialismus“, von dem sie während des Wahlkampfes soviel geredet haben, zu beweisen. Diese Leute haben ja immer der Sozialdemokratie vorgeworfen, sie hätte ein unehrliches Spiel getrieben, obwohl die Sozialdemokratische Partei nie die Mehrheit und auch noch nie annähernd soviel Sitze im Reichstag gehabt hat wie die National-„Sozialisten“. Wenn schon nach den Ausführungen der National-„Sozialisten“ die Sozialdemokratie mehr hätte leisten können, wieviel mehr muß es dann die Nazipartei mit ihren 230 Mandaten können! Aber es ist zu befürchten, daß wir unsere Hoffnungen auf einen Willen zur praktischen Arbeit nicht allzu hoch zu schrauben brauchen.

Der neue Vorstoß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist schließlich nichts anderes als die Fortführung früherer Forderungen. Schon immer hat sich die Sozialdemokratie im Verein mit den freien Gewerkschaften gegen die privatkapitalistische Ausbeutungswirtschaft und für eine planvolle Bedarfsdeckungswirtschaft ausgesprochen. Der Kampf für die Erreichung dieses Zieles wird weitergehen. Wir haben den unerschütterlichen Glauben, daß es möglich sein muß, die Wirtschaft der Allgemeinheit dienstbar zu machen und für diesen Glauben geben wir unser Leben her!

## Lohnsätze wie bei der Arbeitslosenunterstützung.

Es war vorauszu sehen, daß die Unternehmer nach dem Stimmenzuwachs der Reaktion bei den Reichstagswahlen einen Vorstoß gegen die Tarif- und Lohnpolitik unternehmen würden. In der Tat meldeten sie bereits ihre Forderungen an. Als Vortrupp geht auch diesmal der Arbeitgeberverband Arbeit Nordwest energisch voran. Der Jahresbericht dieses Verbandes kann als eine Kampfschrift gegen die Gewerkschaften und die staatliche Lohnpolitik bezeichnet werden. Er ist ein zeitgeschichtliches Dokument. Man geht bei der Annahme nicht fehl, daß große Teile der organisierten Unternehmer hinter den Forderungen von Arbeit Nordwest stehen und sie zu verwirklichen bestrebt sind. Deshalb ist es notwendig, sich mit diesen Forderungen auseinanderzusetzen.

„Die staatliche Lohnpolitik“, so heißt es in dem Bericht, „blieb eine kurzfristige, engherzige, ihren angeblichen Zweck (Erhaltung der Kaufkraft) gründlich verfehlende Konsumentenpolitik. Eine Lohnpolitik, die in der Weise vom Staate unmittelbar selbst gemacht wird, daß der Staat über Schlichtungs- und Notverordnungspraxis die Löhne selbst festsetzt, kann nur kurzfristige Konsumentenpolitik und keine weitsehende Wirtschaftspolitik sein.“

Des ferneren wird ausgeführt, daß durch den Gedanken des Tarifvertrages der Wirtschaftlichkeit der Gewerbe wie der Betriebswirtschaftlichkeit in Form individueller Lohngestaltung nicht genügend Rechnung getragen sei. „Jeder Lohnabbau“ (wir zitieren nach der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“) „kam der Zeit nach zu spät und war der Methode nach zu schematisch und daher ungeeignet, als Anreiz zu neuer Wirtschaftstätigkeit zu dienen.“

Dann wird berechnet, daß die Löhne in der Eisenindustrie jetzt 77,6 Pf. je Stunde im Durchschnitt betragen gegen 53,5 Pf. vor dem Kriege. Das wäre eine untragbare Ueberhöhung. Man beachte, daß die Eisenunternehmer einen Durchschnittslohn von 77 Pf. für eine derartig schwere und harte Arbeit bei den heutigen Preisen der Lebenshaltungskosten, die 21 Prozent über denen der Vorkriegszeit stehen, als überseht bezeichnen.

Die Dinge seien nun an einem Punkt angelangt, wo nur eine grundlegende Reform helfen könne. „Eine Reform des Staates und seines Verhältnisses zur Wirtschaft, Ablösung der unmittelbaren Staatswirtschaft durch wirtschaftliche Selbstverwaltung und als erste Tat dieser Umstellung eine vollkommene neu orientierte Tarifpolitik und Arbeitslosenfürsorge... Das ist möglich durch Zulassung freierer Lohnfindung im Wege eines Spielraumes innerhalb der laufenden Tarifverträge. Der Staat könnte und sollte sagen: die Lohnsätze der laufenden Tarifverträge dürfen durch Einzelarbeitsverträge, also durch Verträge zwischen Betriebsführer und Belegschaft, um einen bestimmten Prozentsatz unterschritten werden. Dieser Prozentsatz müßte na-

türlich erheblich sein, denn immer wieder muß im Auge behalten werden, daß bei dem heutigen eingeschränkten Umfang der Wirtschaft, bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit, die Unterstüßungsbezüge der Arbeitslosigkeit praktisch ohnehin das Schicksal bezeichnen, von dem der größte Teil der Arbeitererschaft durch Kurzarbeit nicht mehr weit entfernt ist und das schließlich noch einem größeren Teil der Gesamtarbeitererschaft droht, wenn nicht neue Wirtschaftstätigkeit hervorgerufen wird.“

Die Arbeitererschaft muß wissen, was hier gefordert wird. Arbeit Nordwest ist der Meinung, daß die Tarifverträge durch Betriebsverträge ersetzt werden sollen. Bestimmte Betriebe sollen das Recht erhalten, die Löhne so weit herunterzusetzen, daß sie dem Durchschnittslohn der Arbeitslosenunterstützung entsprechen. Das wäre etwa 30 bis 40 Mark je Monat! Wie ein Familienvater mit einem derartigen Satz auskommen soll, wird natürlich nicht gesagt. Eine solche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen würde die deutsche Arbeitererschaft in ein namenloses Elend versetzen. Doch was schert dies diese Herren! Die Hauptsache ist, daß ihnen der Staat hilft, das Tarifgesetz zu beseitigen, damit eine derartige Lohnpolitik möglich ist. Es ist nicht notwendig, hierzu längere Ausführungen zu machen. Ein Sturm der deutschen Arbeitererschaft muß entfacht werden, wenn derartige Vorschläge in die Tat umgesetzt werden sollen!

Darüber hinaus verlangen aber die Unternehmer der Eisenindustrie eine Neugestaltung der Sozialpolitik im großen. Sie verlangen ein staatliches Aufsichtsrecht bei den Tarifverträgen, eine Umwandlung der Gewerkschaften zu berufsständischen Arbeitervertretungen, der Tarifverträge zu Tarifgemeinschaften im Rahmen berufsständischer Gemeinschaftsarbeit usw. Große Opfer seien notwendig, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Die Unternehmer der westdeutschen Eisenindustrie haben die Lage aus dem Saß gelassen. Sie haben die Richtung aufgezeigt, die die Sozialpolitik der Zukunft einzunehmen hat. Wenn es möglich wäre, diese Forderungen der Unternehmer zu verwirklichen, dann wäre die deutsche Sozialpolitik um Jahrzehnte zurückgeworfen und die deutsche Arbeitererschaft die schlechtest bezahlte der ganzen Welt. Daß die deutsche Wirtschaft bei einem derartigen Lohnsystem vollständig zugrunde gehen müßte, dürfte jeder Laie einsehen. Wir sind überzeugt davon, daß dieses Signal zum Kampf vom gesamten deutschen Unternehmertum bald aufgenommen wird. Wenn dann seitens der Gewerkschaften kein ernsthafter Widerstand geleistet werden kann, dann ist es um die deutsche Arbeitererschaft geschehen! Sie muß sich dann mit Löhnen zufriedengeben, wie sie vor 50 Jahren bestanden. Wer das nicht will, der „sorge“ dafür, daß die Gewerkschaften diese Vorstöße abzuwehren in der Lage sind!



# Die Arbeitslosigkeit im deutschen Steinkohlenbergbau

Eines der Probleme, das uns als Verband der Bergbau-Industriearbeiter mit besonderer Sorge erfüllt, ist das Arbeitsmarktproblem. In allen Bergbauarten und Bergbaurevieren sind Tausende und abermals Tausende von Bergleuten entlassen worden. Der Kapitalist hat die Möglichkeit, das Ventil der Belegschaftsverminderung zu öffnen, wenn es die Interessen des Betriebes erfordern. Von Monat zu Monat werden die Kündigungslisten länger und auf den Arbeitsämtern die Zahl der arbeitslosen Bergleute immer größer.

Fürs erste ist damit wohl für den Bergbauunternehmer die Frage „Arbeitsmangel“ gelöst. Für den einzelnen Bergmann aber beginnt damit erst die Sorge und für uns als Verband erwächst die Verpflichtung, dem Kollektivproblem „Arbeitslosigkeit“ nachzuspüren, seine Ursachen aufzudecken und Wege aufzuzeigen, die wieder herausführen aus dieser Not.

Der volkswirtschaftliche Berater unseres Verbandes, Kollege Dr. Georg Berger, hat sich dieser Aufgabe angenommen. Die Ergebnisse seiner Untersuchung werden unter dem Titel: „Die Arbeitslosigkeit im deutschen Steinkohlenbergbau“ vom Verein für Sozialpolitik in einem Sammelwerk veröffentlicht. Ueber die Entwicklung des bergbaulichen Arbeitsmarktes sagt Dr. Berger in dieser Schrift u. a. folgendes:

„Die Kurve des Beschäftigungsgrades im deutschen Steinkohlenbergbau erreichte 1921 mit 754 000 Beschäftigten ihren Höhepunkt. Weiterum zeigen sich hierbei starke Abweichungen von Revier zu Revier, sowohl in bezug auf die Intensität der Belegschaftsvermehrung nach dem Kriege — es ist in diesem Zusammenhang von „Arbeiterinflation im Bergbau“ gesprochen worden —, als auch in bezug auf die zeitliche Dauer und Verursachung dieser „Inflation“, mit welchem Wort ja schon das Anormale, das Krankhafte dieser Ueberwölbung der Beschäftigungskurve ausgedrückt wird. Die spätere, katastrophal gesteigerte Fallgeschwindigkeit dieser Linie ist nicht zuletzt auf diese in den Inflationsjahren widernatürlich überspitzte Fallhöhe zurückzuführen. Der starke Anstieg der Beschäftigten in dieser Zeit ist in erster Linie durch den Druck einer ungeheuerlichen Reparationslastenverpflichtung veranlaßt worden, die einem infolge der Kriegsanstrengungen erschöpften und durch Abtrennung wichtiger Reviere geschöpften Kohlenlande auferlegt waren. Dazu kam die Notwendigkeit, die während des Krieges vernachlässigten Aus- und Vorrichtungsarbeiten nachzuholen. Für das geringste Oberschlesien spielten in diesem Bezuge auch die Bemühungen nach Ersatz der verlorengegangenen Kapazität und nach Ausgleich der infolge des deutsch-polnischen Handelskrieges ausgefallenen polnischen Kohlenlieferungen eine Rolle, weswegen die Belegschaftsvermehrung im ober-schlesischen Steinkohlenrevier bis 1929 anhält und erst im zweiten Abschnitt des Konjunkturschwundes das hier zur Rede stehende Problem sichtbar wird. Auch im Aachener Steinkohlenrevier hielt die Zunahme der Beschäftigten an und überdauerte selbst die kritische Jahreswende 1929-30. In den übrigen Steinkohlenrevieren, insbesondere Niederschlesien und Sachsen, liegt der Scheitelpunkt der Beschäftigungskurve bei den Zahlen für 1923, dem Jahr der Ruhrbelegung und damit der Abdrosselung der für Deutschland wichtigsten Kohlenquelle.

In diese Zeit fallen die Aufhebung der gesetzlichen Siebenstundensicht für den Steinkohlenbergbau unter Tage und die Arbeitszeitverlängerung durch das sogenannte Mehrarbeitsabkommen um eine bis anderthalbe Stunde täglich. Dieser Vorgang leitet einen Abschnitt der arbeitsmarktlichen Entwicklung im Bergbau ein, der im Laufe einiger Jahre schließlich die dramatischsten Zuspitzungen erfahren hat. Während der ganzen Jahre nach der Stabilisierung stand der Steinkohlenbergbau, namentlich der an der Ruhr, mit geringen Unterbrechungen im Zeichen einer dauernden Arbeitsmarktkrise, in deren Gefolge der Belegschaftsstand nicht nur auf den der Vorkriegszeit, sondern sogar noch weit darunter zurücklief — an der Ruhr etwa auf den Stand um 1900, in Sachsen und Niederschlesien, den beiden besonders notleidenden Teilen des Steinkohlenbergbaues, noch tiefer.“

Nach einer zahlenmäßigen Darstellung des bergbaulichen Arbeitsmarktes, auf die wir hier verzichten müssen, geht Dr. Berger den Ursachen dieser Entwicklung auf den Grund und kommt zu dem Schluß, daß die Verwüstung des bergbaulichen Arbeitsmarktes nicht allein in der jetzigen Krise zu suchen ist, sondern neben der technischen, lautmännischen und betriebswirtschaftlichen Rationalisierung weitgehend auf strukturelle Veränderungen der gesamten Weltwirtschaft zurückgeführt werden muß. Er nennt da vor allen Dingen die Fortschritte in der Wärmewirtschaft, die zu einer immer stärkeren Ausnutzung der Kohlenenergien führte; dadurch allein verbraucht z. B. die Deutsche Reichsbahn etwa 20 Prozent weniger Kohle auf den Tonnenkilometer als vor dem Kriege:

„Bekannt ist das Vordringen des Deles und der Wasserkraft in der Energiewirtschaft, wodurch der Anteil der Kohle zurückgedrängt worden ist. Vor dem Kriege betrug der Kohlenanteil an der Weltenergiegewinnung 90 Prozent; die beiden nächst wichtigen Glieder der Familie Energie: Erdöl und Wasserkraft, teilten sich in die restlichen 10 Prozent etwa im Verhältnis 7 : 3. Heute ist der Kohlenanteil auf einige 70 Prozent zurückgegangen. Dabei ist die absolute Höhe des Weltkohlenverbrauchs kaum niedriger als vor dem Kriege.“

Als Ausweg aus diesem Dilemma verweist Dr. Berger vor allem auf die Notwendigkeit internationaler Verständigung. Diese ist notwendig sowohl in der Exportfrage und der Regelung der Produktionskapazität der einzelnen Länder, wie auch in der Dauer der Arbeitszeit:

„Der Knickpunkt der langen Welle der Arbeitslosigkeit im Bergbau wird durch die notwendige Verkürzung der Schichtzeit bestimmt werden, durch die Ratifikation der Genfer Arbeitszeitkonvention wie durch Maßnahmen der heimischen Gesetzgebung zur Herabsetzung der Arbeitszeit. Die internationale Anerkennung dieses Gesichtspunktes ist durch die Annahme des Genfer Abkommens ausgesprochen worden. Eine tiefe Tragik liegt darin, daß menschlicher Erkenntnis Mittel gegen soviel wirtschaftliche und politische Unbill unserer Tage offensichtlich verborgen bleiben. Schutzig vor kommenden Geschlechtern muß aber eine Generation werden, die auch auf den Gebieten, wo gemeinsames Nachdenken der Völker und ihrer Vertreter gangbare Wege gezeigt und eröffnet hat, verlagert, weil ihr der Mut zum Handeln abgeht. Den Verantwortlichen insoweit Mut zu machen, ist auch eine Aufgabe der Wissenschaft.“

# Leistung und Verwaltungsaufwand der Gewerkschaften.

Mit mehr als 4,1 Millionen Mitgliedern hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund das Jahr 1931 abgeschlossen. Dem ADGB angehörenden Verbände zeigten somit in ihrer Mitgliederbestände eine angesichts der furchtbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise beachtenswerte Festigkeit. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder lag Anfang dieses Jahres immer noch über der Mitgliederzahl, die die freigewerkschaftlichen Verbände Ende 1926, also vor dem Konjunkturausschlag der Jahre 1927 und 1928 aufzuweisen hatten.

Die Gewerkschaften bewährten sich aber nicht nur in ihrer organisatorischen Aufbau hervorragend, auch in ihren Leistungen stehen sie nicht zurück. Man denke dabei nicht nur an die in unvergleichbar schweren sozialen Kämpfen der vergangenen Jahre abgewehrten Angriffe des Unternehmertums und der ihm weitgehend dienstbaren politischen Gewalten. Seit Beginn der Krise und von den Gewerkschaften an ihre Mitglieder auch direkte Unterstützungen in einem Ausmaße geleistet worden, daß selbst Gegner der Gewerkschaften dieser sozialen Hilfsaktion größten Stilles ihre Anerkennung nicht versagen konnten. Rund 110 Millionen Mark sind im Jahre 1931 an die Gewerkschaftsmitglieder durch ihre Verbände an Unterstützungen ausgezahlt worden. Im Jahre 1930 betrug diese Summe sogar 124 Millionen Mark.

Während die Banken ihre Zahlungen einstellten, große Konzerne zusammenbrachen und kaum ein gesellschaftliches Institut ohne Staatshilfe mehr lebensfähig war, haben sich die Gewerkschaften bei Anforderungen höchster Art geradezu glänzend geschlagen. Kein Wunder, wenn die gewerkschaftsfeindliche Presse über den jetzt erschienenen Vorbericht zum Jahrbuch des ADGB, herfürzt, um an Hand der von den Gewerkschaften in gewohnter Offenheit bis ins einzelne detaillierten Jahresabschlüsse zu behaupten, daß die Gewerkschaften ebenfalls am Ende ihres Vateins wären. Bei 184 Mill. M. Einnahmen hatten die Gewerkschaften im Jahre 1931 über 216 Mill. M. Ausgaben. Aufgeregere Presseleute glauben daraus bereits den finanziellen Ruin der Gewerkschaften herleiten zu können. Dabei zeigt sich in dieser Zahlengröße doch gerade, daß die Gewerkschaften dank einer vorausschauenden Vermögensbildung den Krisenanfällen im vollen Umfange gerecht werden konnten. Besonders haben es einigen bürgerlichen Zeitungen die „Verwaltungskosten“ der Gewerkschaften angetan, die im vorigen Jahre (trotz Rückganges in den letzten Jahren) immer noch rund 53 Mill. M. betragen.

Wie nun jedes Gewerkschaftsmitglied weiß, der bürgerlichen Presse aber offenbar verchiedentlich noch unbekannt sein dürfte, verfügt die Gewerkschaftsbewegung zur Durchführung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben über einen in der Regel sogar tadellos funktionierenden Organisationsapparat.

Die Gewerkschaften — als Sachwalter nicht nur der organisierten mehr als 4 Millionen Arbeitnehmer, sondern als die auch verfassungsmäßig berufenen Vertreter der Arbeiterklasse überhaupt — bedürfen natürlich neben der Mitarbeit hunderttausender ehrenamtlicher Funktionäre auch der entgeltlichen Arbeit angestellter Funktionäre und eines Stabes leistungsfähiger Bürokräfte. Ihre Zahl ist, wie wiederholt mit Zahlen nachgewiesen wurde, sogar angesichts der Vielseitigkeit der gewerkschaftlichen Organe und ihrer Aufgaben auffallend niedrig. Einrichtung und Unterhalt von mehr als 12 000 örtlicher Verwaltungsstellen und einiger hundert Gau-, Bezirks- und Reichsleitungen, die Leitung der mannigfachen sozialen und kulturellen Einrichtungen der Gewerkschaften erzwingen natürlich einen beträchtlichen finanziellen Aufwand für die sogenannte „Verwaltung“.

Ueber 12 000 Tarifverträge haben die Gewerkschaften abgeschlossen. Ende vorigen Jahres unterstanden 8,5 Millionen Beschäftigte diesen tarifvertraglichen Vereinbarungen, die die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen der Arbeiterschaft regeln und die Ansprüche und Arbeitsbedingungen mehrerer hunderttausend Lehrlinge festlegen.

In 600 Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen erhielten um Rechtsauskunft nachsuchende Arbeitnehmer in 900 000 Fällen Auskünfte, wurden mehr als 300 000 Schriftsätze für sie angefertigt. Neben den 110 Mill. M. Unterstützung aller Art, wie Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbefall-, Invaliden-, Notfall-, Reise- und Umzugsunterstützung, fanden hunderttausende hilfsbedürftiger Gewerkschaftsmitglieder persönlichen Rat und Hilfe bei ihren Gewerkschaften. Daß diese umfassende Tätigkeit nur mit Hilfe einer sorgsam verwalteten der ein- und ausgehenden Mittel zu bewältigen ist, sollte einleuchten.

Man wird die Zahl der neben der verhältnismäßig kleinen Zahl hauptberuflicher Funktionäre ehrenamtlich für die Gewerkschaftsbewegung tätigen Kollegen mit einer halben Million nicht zu hoch beziffern. Bestensfalls erhalten diese ehrenamtlichen Funktionäre ihre Auslagen zurück. Trotzdem summieren sich auch diese beschriebenen Auslagen, die der Verwaltung der Gewerkschaften hinzugerechnet werden, insgesamt zu beträchtlichen Aufwendungen. Es sind neben den gewerkschaftlichen Betriebsobstern bei guter Beschäftigung etwa 300 000 freigewerkschaftliche Betriebsräte tätig gewesen, in den Gesellensauschüssen der Handelskammern sitzen rund 10 000, in den Ausschüssen der Berufsschulen rund 5000 Gewerkschafter. In den Arbeitsgerichten sind mehr als 10 000, in den Arbeitsämtern mehr als 2000 Gewerkschafter ehrenamtliche Beisitzer. In den Sozialversicherungsgörperchaften vertreten, durch Wahlen delegiert, mehr als 50 000 freigewerkschaftliche Beisitzer die Interessen der Arbeiterschaft. Und unter solchen Beauftragten der Gewerkschaften befinden sich zur Zeit zahlreiche Arbeitslose, die nicht mehr in der Lage sind, die Unkosten aus ihrer Tätigkeit aus eigener Tasche zu bestreiten. Sie bedürfen heute mehr denn je eine Entschädigung aus den Mitteln der Organisationskassen, so daß es zu bewundern ist, daß die Rollen der Verwaltung in den Gewerkschaften in den letzten Jahren gesunken sind.

Die Geschichtsbeflissenen behaupten, daß ohne die Zünfte das soziale, ja das staatliche Leben des Mittelalters undenkbar wäre. Das mag stimmen. Der soziale Staat der Zukunft wird aber ohne Gewerkschaften und die durch sie ausgelösten großen gesellschafts-gestaltenden Kräfte ebensowenig auskommen. Man hält es heute beinahe in Deutschland für selbstverständlich, alles, was nicht unternehmercharakter trägt, mit dem Hinweis auf den sich als notwendig erweisenden Verwaltungsaufwand als unnötige „gesellschaftliche Belastung“ abzutun. Wir kennen das Lied aus dem Kampfe der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung, wir hörten es lange genug aus dem Munde der politischen Reaktion gegen die preußische Polizei, als sie noch nicht in ihren Händen war. Trotz wirtschaftlicher Not, die gewiß auch die Gewerkschaften veranlaßt, mit den spärlichsten Mitteln ihren Aufgaben gerecht zu werden, gibt es den gewerkschaftlichen Organisationsapparat, gibt es alle Einrichtungen der Gewerkschaften, ihre Büros und Volkshäuser, ihre Jugendheime und Bibliotheken zu fördern und nach bestem Können auch fernerhin auszubauen.

# Schicksalswende des Stahlvereins?

## Das Reich fordert Aufsichtsratsmandate.

Hinter den Kulissen der Reichsregierung haben in den letzten Wochen wichtige Verhandlungen stattgefunden, die den Zweck einer endgültigen Regelung der Gelsenberg-Angelegenheit verfolgten. Man kann wohl behaupten, daß die von dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Dietrich durchgeführte Gelsenberg-Transaktion der Regierung von Papen bisher bittere Kopfschmerzen bereitet hat, was schon daraus hervorgeht, daß fast alle in dieser Angelegenheit bekanntgewordenen Maßnahmen der Reichsregierung den Stempel des Widerspruchs auf sich trugen. Hinzu kommt noch, daß man bisher den ganzen Fragenkomplex Gelsenkirchen der Öffentlichkeit gegenüber mit einem geheimnisvollen Schleier umgeben hat, so daß allen Gerüchten Tor und Tür geöffnet war. Auch die mehrmaligen Andeutungen des früheren Reichsfinanzministers Dr. Dietrich über die Vorgeschichte der Gelsenberg-Transaktion genügt bei weitem nicht, um klares Licht in diese Sache zu bringen, zumal auch diese Auslassungen in vielen Punkten recht widerspruchsvoll waren. Daß die bisher an den Tag gelegte Taktik der Reichsregierung keineswegs den Interessen des Stahlvereins dienlich war, und die dringend notwendige Sanierung des Unternehmens keinen Aufschub mehr erleiden darf, beweisen zur Genüge der weitere Belegschaftsabbau und die Erhöhung der Zahl der Freierichtigen in den letzten Monaten.

Nunmehr scheint sich innerhalb der Reichsregierung in der Frage um das Schicksal des Stahlvereins eine neue Tendenz herausgebildet zu haben, nachdem man nach vor kurzem durch eine gruppenweise Abstimmung der betrieblichen Stahlvereinsinteressen die Liquidierung dieser Angelegenheit zu erledigen hoffte. Entweder ist man bei diesem letzteren Weg auf Schwierigkeiten hinsichtlich der Finanzierung des Geschäftes durch die einzelnen Interessenten gestoßen, so wie wir es bereits vorausagten, oder es hat der jüngst publizierte Sozialisierungsplan der SPD. eine entsprechende Wirkung auf die maßgebenden Kreise der Reichsregierung ausgeübt. Jetzt hat sich nämlich auf einmal die Reichsregierung ihrer Rechte als Mehrheitsbesitzerin der Aktien von Gelsenberg und dem Stahlverein besonnen, indem man endlich entsprechende Aufsichtsratsmandate bei diesen Unternehmen fordert. Als Beauftragter des Reiches ist Geheimrat von Flotow vorgesehen, der als Mitinhaber der Bankfirma Hardt u. Co., Berlin, die finanzielle Abwicklung des Gelsenberg-Geschäftes zwischen dem Reich und Herrn Flotow beaufsichtigt hat. Zwar hatte man für diesen Posten ursprünglich den ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vorgesehen, dieser hat aber in letzter Stunde anscheinend das Mandat abgelehnt. Wenn auch die maßgebenden Regierungskreise heute erklären, daß Geheimrat von Flotow vorerst lediglich einen Bericht über die Lage bei der Gelsenkirchen Bergwerks-AG. und damit auch wahrscheinlich bei den Ber. Stahlwerken machen soll, so kann es jedoch als sicher gelten, daß Geheimrat von Flotow zum Reichsausschussrat von Gelsenberg eintritt. Über schon vorher soll von Flotow zu den Beratungen der Gelsenkirchen-Verwaltung hinzugezogen werden. Die Bilanzierungen bei Gelsenkirchen und dem Stahlverein sind noch nicht einberufen worden, da man zunächst die weitere innerpolitische Entwicklung, besonders den Zusammen-

tritt des Reichstages, abwarten will. Die entscheidenden Aufsichtsratsfragen dürften daher frühestens im Laufe des Septemberes stattfinden.

Schon heute verlautet gerücheweise, daß beim Stahlverein eine Kapitalzusammenlegung im Verhältnis 10 : 3 geplant ist, so daß also das gegenwärtige Aktienkapital von 775 Mill. M. auf etwa 230 Mill. M. ermäßigt würde. Da das Reich bei der kommenden Sanierung dem Stahlverein neue Geldmittel zuführen muß, so wird man auch voraussichtlich in der Frage der Bankverschuldung, wo das Reich letzten Endes ebenfalls Gegenpartner ist, gewisse Regelungen schaffen müssen. Mit Rücksicht auf die hohe Anleiheverschuldung des Stahlvereins von etwa 500 Mill. M. wird man das neue Aktienkapital mindestens wieder auf die Höhe dieser Summe bringen müssen, um überhaupt ein geordnetes Bilanzbild zu schaffen. Naturgemäß besteht die Möglichkeit, einen Teil der Anleihen zu billigen Kursen heute zurückkaufen zu können, aber wie weit solche Ueberlegungen im Reichskabinett gebieter sind, darüber läßt sich heute noch nichts sagen.

Ganz zweifellos haben sich innerhalb der Reichsregierung wegen Regelung des Stahlverein-Komplexes scharfe Gegensätze gebildet. Auf der einen Seite ist es die ganz auf privatwirtschaftliche Interessen eingestellte Gruppe um den Reichswirtschaftsminister Warmboldt, die bisher einen scharfen Kampf um die sogenannte Reprivatisierung des Stahlvereins geführt hat. Wie aber bereits oben erwähnt, ist die Reprivatisierung durch eine gruppenweise Auflösung des Stahlvereins scheinbar auf ganz erhebliche Schwierigkeiten gestoßen. Nunmehr hat nach Meldungen rechtsstehender Presseorgane der Reichswehrminister Schleicher einen Vorstoß in der Gelsenberg-Angelegenheit unternommen, wobei es angeblich zu scharfen Auseinandersetzungen und Mißstimmigkeiten zwischen den Kreisen um Warmboldt und Schleicher gekommen sein soll. Schleicher soll hierbei eindeutig den Standpunkt vertreten und auch durchgesetzt haben, den Staatseinfluß auf Gelsenberg und mithin den Stahlverein auf Grund der Mehrheitsbeteiligung des Reiches aktienrechtlich geltend zu machen, so daß auf seine Initiative hin der jetzige Schritt des Reichskabinetts erfolgt sein dürfte. Wenn also Schleicher mit seiner heutigen Taktik eine gewisse Art von „Staatssozialismus“, wie man ihm bereits vorwirft, verfolgt, so liegen seine Ziele ganz gewiß nicht im Interesse des werktätigen Volkes. Was er vorhat, ist letzten Endes nichts anderes als eine verschleierte Rettung der kapitalistischen Wirtschaft. Die Interessen der Allgemeinheit können einzig und allein nur gewahrt werden in den scharf umrissenen Sozialisierungsforderungen, wie sie die SPD. heute wieder mit allem Nachdruck erhebt.

**36.** Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 28. August bis 3. Sept. 1932

Woche



# Zum Verbandstag der Metallarbeiter.

Am 22. August d. J. wurde in Dortmund der 20. Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom Vorsitzenden Georg Reichel eröffnet. Nach einem einleitenden Willkommensgruß des Führers der Dortmunder Metallarbeiter, Otto Schmidt, hielt Reichel die Begrüßungsansprache. In dieser gab er eine kurze Würdigung der Organisationsarbeit. Vieles, was für die Arbeiterschaft erreicht, von den Gewerkschaften erkämpft war, sei heute hart umstritten. Die Reaktion versuche alles, das Stützverhältnis vergangener Jahrzehnte für die Arbeiterschaft wieder aufleben zu lassen. Wir warnen, so rief Reichel, den Bogen nicht zu überspannen; es könnte sonst möglich werden, daß eine Katastrophe eintritt, die alle Grundlagen einer gesunden Gemeinwirtschaft hinwegspült. Die Arbeitgeber haben die Nazibewegung gefördert, eine ungeheure Hege gegen den „Marxismus“ sei entfesselt worden. Hohe Zeit werde es allerdings, daß man sich auf die Grundlagen der Marx'schen Lehren besinne, um aus der Krise zu kommen. Mit Bebauern stellte Reichel fest, daß die Zeit für eine wirkliche Einheitsfront der Schaffenden wohl noch nicht gekommen ist. Immerhin hämmere es die Zeit ein. Vernünftige Gemeinwirtschaft muß an die Stelle der kapitalistischen treten. Sozialistische Wirtschaft sei das Ziel der Gewerkschaftsarbeit, die man hemmen, aber nicht mehr besiegen kann.

Im weiteren Verlauf der von 283 Delegierten besetzten Tagung behandelte Reichel die Frage der

## Neuordnung der deutschen Wirtschaft,

besonders der Eisenindustrie. Seinen Worten entnehmen wir auszugeweiht folgendes:

Nach Leo Hausleiter sind die Maschinenkräfte in Nordamerika ausgedrückt in dem kurzen Zeitraum von 1913 bis 1928 in Amerika von 96 auf 162 Millionen gleich 90 Prozent, in Europa von 94 auf 135 Millionen gleich 50 Prozent, in der übrigen Welt von 31 auf 93 Millionen gleich 200 Prozent gestiegen. Die Menschheit, die in langer Zeit einen unermesslichen Reichtum in Produktionsmitteln entwickelt hat, ist der Sklave blindwühlender gesellschaftlicher Kräfte geworden. Frühere Notzeiten beruhten auf dem Mangel an Lebensmitteln durch Missernten, epidemische Krankheiten und kriegerische Zusammenstöße der Völker. Missernten und epidemische Krankheiten sind durch Wissenschaft und technischen Fortschritt überwunden. Auch nach der Belegung des Krieges als Verbrechen an der Menschheit, verjüngt der Militarismus jährlich 18 Milliarden Mark, die dem Wiederaufbau der Wirtschaft, der Linderung der Not entzogen werden.

Wir stehen mitten in der gewaltigsten wirtschaftlichen, staatlichen und sozialen Revolution aller Zeiten. Neue Wirtschaftssysteme drängen sich zwangsläufig aus dem moribund und abbaureif gewordenen Kapitalismus hervor. Selbst das größte Konzernunternehmen, geschweige denn die Einzelunternehmung — und mag auch der Tüchtigste an der Leitung stehen — vermag den Kampf in dem wirtschaftlichen Wirrwarr der Welt allein nicht zu bestehen. Man brauche die Hilfe des Staates und nimm sie auch in Anspruch. Mehr und mehr teilt der Staat an die Stelle der privaten Unternehmung. So war es bei der Bankensicherung, dem Ruffengeschäft, der Osthilfe für die Landwirtschaft, bei Gessentkirchen, beim Schiffsbau, der Schifffahrt, der obersteilischen Hüttenindustrie und vielen anderen. Bisher aber hat der Staat nur die Konkurse verhindert, also Pleiten sozialisiert. Dabei kann und darf der Staat nicht stehen bleiben, wenn er nicht selbst unter die zermalmenden Mäher kommen will. An die Stelle gelegentlichen Eingreifens muß konstruktive und planvolle Wirtschaftspolitik treten. Diese Forderung erheben wir insbesondere im Namen der Millionen Arbeitslosen, die dauernd wirtschaftlicher Not und seelischer Pein überantwortet bleiben, wenn nicht eine Umstellung der Wirtschaft erfolgt und bald praktisch wirksame Hilfe für sie kommt.

Die deutsche Eisenerzeugung ist zur Zeit mit 34 Prozent, die Maschinenindustrie mit 30 Prozent ihrer Leistung von 1929 beschädigt. Selbst wenn sich die Wirtschaftslage der Welt in nächster Zeit etwas bessern sollte, werden wir in Deutschland noch für längere Zeit mit einer Arbeitslosigkeit von mehreren Millionen Menschen rechnen müssen. Staat und Wirtschaft würden auch weiter unproduktiv arbeiten und mit einer uneinlösbaren Hypothek belastet. Dringend notwendig ist die Anpassung der deutschen Eisenpreise an die Weltmarktlage und damit eine Stärkung des Wettbewerbs des Maschinenbaus am In- und Auslandsmarkt. Durch die Eisenzölle, deren Abbau angesichts der Entwicklung des Weltmarktes zur Zeit nicht erfolgen kann und durch die Absperrung des Zuflusses ausländischen Eisens auf den deutschen Markt wird der deutsche Innenmarkt im Durchschnitt jährlich mit 100 Millionen Mark belastet. Eine Liebesgabe des Staates an die Eisenherren! Durch die starke Preisdifferenz für Eisen- und Stahlerzeugnisse zwischen Inland und Weltmarkt (Stabeisen ab 100 Mark pro Tonne, ab Oberhausen 110 M.) wird die Ausfuhr hochwertiger Fertigwaren gehemmt und unterbunden. Durch eine wirtschaftlich bessere Betriebsführung und vernünftige Preisgestaltung für Stahl- und Halbfabrikate können 2- bis 300 000 Menschen mehr allein in der deutschen Metallindustrie beschäftigt werden.

## Hitlers Diktatur zurückgewiesen.

Das große Spiel hinter den Kulissen um die Führung der Reichsregierung hat ein vorläufiges Ende gefunden. Die gegenwärtige Reichsregierung versucht das Ergebnis der Wahlen in eine tragfähige Regierung umzuwandeln. Es war beabsichtigt, die Hitlerpartei zur Verantwortung zu bringen und mit ihr die Macht zu teilen. Hitler hat Papen einige Male an der Nase herumgeführt, bis er sich endlich bereit erklärte, mit ihm und Hindenburg zu verhandeln. Bei diesen Verhandlungen stellte Hitler die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt im vollen Umfange zu übertragen. Der Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung nach der amüsanten Verlautbarung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Wächtern dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig auszuüben gewillt sei. Die Aussprache zwischen Hindenburg und Hitler soll mit der ersten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler geschlossen haben, „die von ihm angekündigte Opposition ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben“. Das Resultat des ganzen Kuhhandels war mithin, daß der Reichspräsident sowohl wie die Reichsregierung es ablehnten, dem Rattenfänger von Braunau die schrankenlose Diktatur zu ermöglichen.

Das deutsche Volk ist in einen Bürgerkrieg hineingezogen worden, um den „nationalen aufbauwilligen Kräften“ Gelegen-

Die Monopolherrschaft der Kartelle muß gebrochen werden, nicht durch die Zerstückelung der Kartelle, sondern durch ihre Ueberführung in eine höhere Wirtschaftsform. Der Kapitalismus hatte ein Jahrhundert lang die Führung. Was hat er erreicht? Er hat planlos ungeheure Maschinenkräfte entwickelt; er hat die von den Gewerkschaften im Verein mit vorbeugender Sozialpolitik und Arbeitshygiene erwirkte Lebensverlängerung um 10 bis 15 Jahre durch die dauernde Ausschaltung der älteren Arbeiter aus dem Produktionsprozeß entwertet und zerfchlagen. Er hat die Menschheit in ein entsetzliches Blutbad verstrickt, eine Welt in Trümmer geschlagen. Er weiß keinen anderen Ausweg als politische und wirtschaftliche Diktatur, Beseitigung der in langer Entwicklung errungenen Volksrechte. Das führt zum Bürgerkrieg, notwendigerweise auch zu einem noch viel entsetzlicheren Krieg, als der letzte. Dorthin wollen wir nicht zurück. Wir wollen vorwärts in eine neue bessere Zeit, die Lebensraum und Lebensfreude für alle bietet.

Der Einwand der Gegner der Gemeinwirtschaft, daß nur die persönliche Initiative des Unternehmers allein wirtschaftlichen Erfolg und technischen Fortschritt verbürgt, galt höchstens für eine längst zurückliegende Zeit, aber nicht mehr für

## Der Arbeitgeberverband Nordwest fordert

### Abbau der Löhne

auf die Höhe der gegenwärtigen Unterstützungsätze für Arbeitslose. Die Regierung will das Tarifrecht lockern! Das sind Anzeichen bevorstehender scharfer Auseinandersetzungen zwischen der Arbeitnehmerschaft und den Scharfmachern. Die soziale Reaktion glaubt, mit Hilfe der politischen Macht, die ihnen die Nationalsozialisten geben, ihre reaktionären Ziele zu verwirklichen.

## Was haben wir zu tun?

Nicht negativ und nörgelnd beiseite stehen, sondern die größte Aktivität zur Stärkung der Organisation zu entfalten, ist das höchste Gebot der Stunde. Wir zeigen den Scharfmachern, daß wir nicht gewillt sind, unsere schon an und für sich sehr schlechte Lage noch weiter verschlechtern zu lassen.

## Die Organisation muß gestärkt werden!

Ein jeder Kamerad hat die Pflicht, ein neues Mitglied für den Verband zu werben!

die Gegenwart und die Zukunft. Der Redner verweist auf die städtischen und staatlichen Elektrizitätswerke, die sicher jeden Vergleich mit privaten Werken aushalten. Und hat nicht Professor Haber aus reinem Forschungsdrang der Menschheit das Geschenk der Gewinnung des Stickstoffes aus der Luft gegeben, das uns 20 Tonnen Getreide aus einer Tonne Stickstoff spendet und die Völker instand setzt, durch den Krieg verlorengegangenen Boden aus der Luft zu erlesen.

Zum Schluß verweist der Redner auf die dem Verbandstag vorgelegten Richtlinien für die Verstaatlichung der Eisenindustrie, die Zustimmung finden. Er schließt mit den Worten: Das kapitalistische Wirtschaftssystem vermag für die Neuordnung der Produktion und des Güterausstausches in der Welt. Unfähig, die Menschheit aus der Sachgasse wieder herauszuführen, hat es zur Seite zu treten und neuen Kräften die Führung zu überlassen. Für die Arbeiter sind rauchende Schornsteine und stampfende Maschinen, wenn sie wieder voll in Betrieb gesetzt sind, noch keine Kultur. Zu wirklichen Kulturgütern werden sie erst, wenn sie ihres Ausbeutungs- und Kapitalcharakters entkleidet und ausschließlich Diener der schaffenden Menschheit sind. Mensch und Maschine, die im Kapitalismus nicht für, sondern gegeneinander arbeiten, müssen durch kollektive Kräfte zur höheren Form der Gemeinwirtschaft vereinigt werden, dann steht jedem Menschen ein eiserner Diener zur Seite. Die Verluftquellen der Wirtschaft versiegen, Not und Elend hören auf. Aus dem Reich des Zwanges und den Niederungen der Kultur steigt die Menschheit zur Freiheit und Menschenwürde empor. Dem Sozialismus gehört die Zukunft, ihm weihen wir unsere ganze Kraft!

heit zur Mitarbeit zu geben. Um dies zu erreichen, mußte Brünning gestürzt werden. Die neue Regierung war nur zu bereit, die Forderungen der Nazis zu erfüllen. Es folgte die Aufhebung des S.L.-Verbots, die Auflösung des Reichstags, die gewalttätige Entfremdung der preußischen Regierung und die vielen sonstigen Liebesdienste den Nationalsozialisten gegenüber. Damit glaubte man letztere bindnisfähig gemacht zu haben. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Entschluß, alles oder nichts zu verlangen, ist, wie ein nationalsozialistisches Organ sagt, „mit ruhigen Nerven in den bayerischen Bergen“ gefaßt worden. Damit ist die Situation einigermaßen klargestellt.

Die Regierung von Papen ist einem plumpen Bauernfängertück zum Opfer gefallen. Und dieserhalb mußte die republikanische Bevölkerung Deutschlands monatelang einen blutigen Terror über sich ergehen lassen. Diese „aufbauwilligen Kräfte der Nation“ haben sich als eine wahre Banditenbande entpuppt. Wir könnten uns über diese Entwicklung freuen, wenn nicht noch größere Auseinandersetzungen in Aussicht ständen. Komme es, wie es will, die Arbeiterschaft muß verlangen, daß der Rechtsboden wieder hergestellt wird und die Regierung mit aller Schärfe gegen die organisierten und bewaffneten Banden vorgeht. Das Unrecht an der republikanischen Bevölkerung muß wieder gutgemacht werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Reichsregierung von ihren bisherigen Methoden entschieden abbricht. Dies wird man von einer solchen Regierung nicht verlangen können. Die Arbeiterschaft wird sich aber auch in Zukunft ihrer Haut zu wehren wissen, mag es kommen wie es immer wolle.

## An die Gewerkschaftsmitglieder!

Die gewaltige Wirtschaftskrise wird zu einem Generalsturm gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt. Mit in erster Linie richtet sich dieser Kampf gegen die Konsumgenossenschaften.

### Die Konsumgenossenschaften haben das Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft.

Sie stellen ein Stück sozialer Gemeinschaft dar. Der Schutz der Konsumgenossenschaften ist um so notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern nicht nur gute, vollgewichtige Waren zu gerechten Preisen liefern, sondern ihren Arbeitnehmern und Mitgliedern auch vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die fürchterliche Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt, wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. So wie unter diesen Umständen die privatwirtschaftlichen Unternehmungen ihre Umsatzschmälerung durch eine erhöhte Propaganda auszugleichen versuchen, muß auch die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die mit den Konsumgenossenschaften freundschaftlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaften der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltsgegenständen und Bekleidung in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken.

### Jeder Gewerkschafter sollte Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein.

Der Eintritt in die Konsumgenossenschaften ist mit Kosten nicht verbunden. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in allen Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften.

Berlin, den 16. August 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,  
Allgemeiner freier Angestelltenbund,  
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

## Das Gewerkschaftsblatt im Lesesaal.

Die Arbeiterschaft wird vom Intellektuellen in der Regel anders angesehen, als sie ist. Der Arbeiter kennt nach Meinung dieser Intellektuellen nur das Materielle. Das Ideale zu hüten, das ist darum allein, so meinen sie, die Aufgabe der Intellektuellen. Und so dünnten sie sich auch in der geistigen Veranlagung meist noch erhaben über die Arbeiterschaft.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese falsche Auffassung von der Arbeiterschaft auch in den intellektuellen Kreisen zu finden ist, die uns nahe stehen und mit uns sympathisieren, wie es jetzt ein Aufsatz in einer Monatschrift für sozial-intellektuelle Kreise beweist.

„Die Arbeiter sind“, so heißt es da, „Sozialisten um des materiellen Vorteils willen; diese Arbeiter sehen die beste Position im Kampf um die Materie. Und wenn sie auch politisch die Demokratie verteidigen, so verbleiben sie doch kapitalistisch in ihrer Gesinnung.“

Welch falsche Auffassung! Welch mangelhafte Kenntnis von der Arbeiterschaft! Welche Verwechslung der Tagesaufgabe und des Ziels! Wenn die Gewerkschaften — selbstverständlich! — für die wirtschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer, wie der Augenblick es verlangt, eintreten, dann ist das doch kein Beweis für das Fehlen eines idealen Glaubens! Pflegt die Gewerkschaftspressen denn nicht immer und immer zugleich auch die Kultur der Idee? Schon seit Jahren? Seit Jahrzehnten?

Gewiß, es wäre ja gut, wenn auch Intellektuelle, wie es da in der Zeitschrift verlangt wird, sich der Arbeiterschaft in größerer Zahl als bisher für Bildungsarbeit zur Verfügung stellten, aber doch wahrhaftig nicht nur deshalb, damit nun endlich auch auf diesem Gebiete von der Arbeiterschaft etwas getan wird. Wer unser Blatt kennt, weiß, daß die Gewerkschaftspressen auch auf diesem Gebiete ihre Pflicht tun.

Wir würden auf diesen Aufsatz nicht eingehen, wenn er nicht bezeichnend wäre einmal für die mangelhafte Beurteilung der Arbeiterschaft, dann aber auch dafür, wie wenig die Gewerkschaftspressen von den geistigen Arbeitern bisher beachtet worden ist. Wenn weite Volkskreise sich in einem anderen Lebensmilieu bewegen als die Arbeiter, so bedarf es zum Verständnis für die Arbeiterschaft einer Ergänzung durch die Lektüre der Gewerkschaftspressen.

Wenn die sozialistische Tageszeitung derlei bringt, kann mancher Außenstehende denken, solche Aufsätze wären für eine bestimmte Gruppe, von Intellektuellen etwa, geschrieben. In der Gewerkschaftspressen aber erhält jeder ein Abbild auch des geistigen und ethischen Bedürfnisses der Arbeitermasse. In der Gewerkschaftspressen spiegelt sich auch das ideale Suchen der Arbeitnehmer wieder, das heute noch so einseitig für die Intellektuellen in Anspruch genommen wird.

Wer die Gewerkschaftspressen kennt, weiß, wie die Seele des Arbeitsvolkes fühlt und was sie will. Darum wäre es zur allgemeinen Orientierung über die Arbeiterbewegung wie über Wesen und Ziel und Glauben der Arbeiterschaft wertvoll, wenn die Gewerkschaftspressen auch in die Kreise mehr hineinkäme, die heute ein Gewerkschaftsblatt in der Regel überhaupt nicht zu Gesicht bekommen.

Das kann geschehen durch die Werbearbeit der Gewerkschaftsmitglieder, das kann aber vor allem auch dadurch geschehen, daß die Lesefäle der verschiedensten Art auch die Gewerkschaftszeitungen aushängen und die Gewerkschaftszeitungen so auch öffentlich zu gleichberechtigten Organen auf dem Gebiete der Aufklärung und der Kultur werden. Heute ist es aber so, daß selbst in den Bezirken, die eine ganz bestimmte Gruppe der Arbeiterschaft stellen, das zuständige Gewerkschaftsblatt in einem Lesesaal nicht zu finden ist.

Die Gewerkschaftspressen ist zahlenmäßig in der Auflagenhöhe wie auch inhaltlich ein solcher Faktor im Kulturleben, daß sie die allgemeine Beachtung, auch über den Kreis des Gewerkschaftsverbandes hinaus, verdient.



# HAUS UND LEBEN

## Elba — Bergleute.

Das Mittelmeer. Zwischen Genua und Neapel. Das Meer, ein unendliches Weissenfeld, da heraus spritzen weiße Schaumkissen. Eine rotgelbe Felseninsel, Elben: Isola Elba! 1000 Meter hoch.

Die Insel Elba, nur ein Viertel so groß als die deutsche Insel Rügen. Elba, 30 000 Einwohner. Bauern, Fischer und Bergleute.

Elba, köstliche Fische, Sardinen und Thunfisch, in Del getrocknet: Kumpels, laßt es euch schmecken. Und trinkt Elbas blauen Wein. Früchte: Feigen, Tomaten, Zwiebeln und Pfirsich, alles ist billig, nur die Freiheit ist teuer, sie kostet unser blühendes Lebensglück. Si, Signore.

Elba: Orangen und Zitronen, rotblühender Oleander, hohe Dattelpalmen weinen im Winde, weinen um den Lorbeer: der seine Zweige nach Rom geben muß, die Sterne des Diktators zu schmücken. Elba, eine trotzig Eisenfaust, unter der Nase des Faschismus! Jawohl.

Elba, der einzige Eisenstein in Italien. Fünf große Gruben. 3000 Bergleute. Hart und trockig, wie der Stein selbst.

Unser Erz geht hinüber nach Ligurien. In die Hochöfen des Kriegsfabrikators Spezja — Kanonen und Panzerplatten. Unsere Söhne tragen die blaue Zwangsjacke, Sklaven auf den großen Nordmaschinen, den Kriegsschiffen!

Elba. Seine Bergleute: aufgelöst sind ihre Organisationen, kein freier Verband, keine sozialistische Partei, la Libertà è morta! Tot ist des Bergmanns alte Freiheit. Und doch nicht tot, das Herz glimmt und brennt, wie der Funke im Eisenstein. Wir kommen einst wieder! Rote Banner wehen über Elba!

Elba. Hier saß und sann Napoleon, von den Fürsten Europas gefangen. Napoleon, der große Schachspieler — dessen Partie ein einziges Volkseuropa wollte, ohne Fürsten, Napoleon verlor sein Spiel. Seine Idee verlor sich nicht. Groß-Europa wird kommen. Altem Faschismus zum Trost. Viva il Socialismo! dm.

## Jugend und Zeitung.

Auch die Jugend muß heute selbstverständlich die Zeitung lesen. Besonders unbegreiflich scheint es uns zu sein, daß man an maßgebender Stelle selbst für die Jugendlichen über 14 Jahre keine Notwendigkeit eines Verhältnisses von Jugend und Zeitung erkennen wollte. Aus diesem Grunde hat man es immer wieder abgelehnt, in den oberen Klassen der höheren Schulen wie in den Berufsschulen Befragungen der Jugend über ihr Verhältnis zur Zeitung durchzuführen. Erst der frühere sozialdemokratische Kultusminister Grimme hat in Preußen solche Befragung möglich gemacht, und dem ist es vor allem zu danken, daß von Dr. Hans L. Münster jetzt eine Schrift erschienen ist, die sich mit der Frage „Jugend und Zeitung“ beschäftigt.

Zuerst interessieren den Jugendlichen hiernach mehr die allgemeinen Ereignisse, vor allem Unfälle und Verbrechen. Es ist also nicht etwa etwas Verwerfliches, wenn sich ein junger Mensch für derlei Notizen interessiert. Das ist ein Uebergangsstadium. Nachher lesen die Jugendlichen dann lieber etwas anderes, vom Sport natürlich, aber auch vom politischen Leben. Sollte es aber stimmen, was der Bericht schreibt, daß die „höheren“ Schüler sich mehr für das große Tagesgeschehen interessieren als die Berufsschüler? Das wäre bedauerlich!

Daß den Jugendlichen alles Frische und Lebendige am liebsten ist, ist natürlich. Und doch überraschen uns manche Angaben. So soll die Jugend für das Heimatliche keinen besonderen Sinn an den Tag legen. Liegt das an der Jugend oder an denen, die nicht verstehen, sie auf diesem Gebiete zu fesseln?

Das größte Interesse bringen die Jugendlichen auch allen Berufsfragen entgegen, wie die Umfragen zeigten. Allein bes-

## Der Ueberfall.

### Ein Kumpelslied.

Mein Freund erzählt mir, mein Freund: der Kumpel, der arbeitslose Bergmann.

Arbeitslos sein, das heißt noch lange nicht — untätig sein. Immer weiter muß gekämpft werden, für unsere Ideen, für den zu erringenden sozialen Volksstaat. Arbeitslos sein, das darf nicht heißen: Verband sein lassen, Kopf hängen lassen, Scheitern und zweifeln! Nein, nun erst reißt Verband — und Politik, die freie Zeit nützen zur Agitation, vom Himmel die Sterne herabreißen und sie zu goldenen Gedankenketten umhämmern — und damit Freund und Feind beglücken: so! muß es sein.

Immer erzählt mein Freund, der arbeitslose Bergmann, mein Kumpel.

Wir lassen nicht locker, was wir einmal in die Fänge genommen haben, das wird gekniffen und befeuert: bis es sich biegen und hämmern läßt. Jawohl. Um die Volksseele ringen wir, der Nazilüge gehen wir zu Leibe, den Judas aus Braunau wollen wir entlarven — der nach allen vier Windrichtungen hin mit vier verschiedenen Mäulern spawät, jedem alles verspricht und niemand etwas hält. Nein, die Lüge darf nicht triumphieren. Greifen wir die Lüge an, wo sie sich als Ausfühler am stärksten in den Volkstörper eingestrichelt hat. Fahren wir in die naziverseuchten Gebirgsdörfer, Wahrheit zu bringen, der Bergmann sei ein roter Komet, ein feuriger Wesen, der die hinterländischen Bauerndörfer säubert! Wir wollen. Wir fahren. Auf Agitation für Volksstaat und Volksfreiheit. Fliehet, blaumäulige lustige Schwablen! Mit unserem Verhandlungsauto holen wir euch ein.

Mein Kamerad von der Eisernen Front erzählt. Der arbeitslose, aber nicht tatenlose Bergmann.

Deutschlands Geschicke entscheiden sich in Deutschlands Parlamenten. Hier wirken unsere Arbeitervertreter. Männer aus dem Gedanken- und Gefühlskreis des schaffenden Volkes, aus den freien Gewerkschaften herausgewachsen, aber nicht hinübergewachsen — in eine andere Atmosphäre, nein. Mit ihren tiefen Wurzeln trinken unsere freigeistigen führenden Proletarier immer noch an den Quellen der Arbeiterwelt. Unten die große ruhende Kraft — oben die politische Tat. Politik treiben heißt: die Röhre und den Willen des Volkes zu Besserung und Befrei-

halb gehört auch das Gewerkschaftsblatt zum geistigen Lebensbereich der Jugend. Zugleich zeigt das Gewerkschaftsblatt der Jugend aber auch aus dem Berufe heraus die Welt. Darum sollte es auch in unserem Verbands keinen Jugendlichen geben, der nicht regelmäßig sein Verbandsblatt liest!

## Die Radikalen sind nicht immer die Klügsten

Es ist wahrhaftig nicht so, daß die, die das große Mundwerk haben, nun auch etwa die klügsten Menschen sind, und wenn man sich einem radikalen Schreier einmal auf den Zahn fühlt, dann stellt man oft fest, daß mit dem Manne wirklich nicht viel Los ist.

Recht bezeichnend scheinen uns Untersuchungen zu sein, die man neuerdings in Schulen anstellte. Da haben freilich ein- gestellte Lehrer versucht, festzustellen, wie weit bei den größeren Schülern Klarheit über Staat und Gesellschaft vorhanden ist, und da haben diese Untersuchungen leider gezeigt, daß die Jugend nicht allgemein die Kenntnisse hat, die nötig sind. Die Jugend geht heute viel zu sehr ins Leben, ohne die Grundbegriffe zu kennen, nach denen sich heute das Zusammenleben vollzieht.

Besonders auffallend war es den Untersuchern, daß der Radikalismus oft da zu finden ist, wo sich nachher eine große Leere offenbarte. Dumm brauchen diese jugendlichen Menschen nicht zu sein, aber sie verstehen nichts von dem, von dem sie gern reden, von Politik, Staat, Wirtschaft. Gerade die lautesten Schreier haben oft die geringsten Kenntnisse.

Der Radikalismus soll sich in Glauben und Mut umsehen, in Tatbereitschaft und Opferfreude! Nach der Richtung soll man ruhig ein wenig extrem sein. Aber die Wirklichkeit muß man sehen, wie sie ist, und nicht anders. Die Verbindung von Klarheit und eisernem Willen allein ist es, die uns vorwärts bringt.

## Die Spannkraft sinkt.

Wir dürfen das Leben nicht nur in seinen äußeren Erscheinungen betrachten. Wir sehen da Hunger und Not und Krankheit. Aber es gibt auch dieses Innerliche der Seele, diese innere Energie des Lebens, die nötig ist. Und auch die leidet heute.

Im „Archiv für soziale Hygiene“ weist Dr. Prinzling auf die starke Zunahme der Nervenkrankheiten hin, die aus der Erkrankungsstatistik der Krankentassen zu erkennen ist. Er erklärt diese starke Zunahme der Nervenkrankungen aus einem Absinken der inneren Spannkraft des Menschen. Und dieses Absinken der inneren Spannkraft führt er auf die eintönige Arbeit, die Unzufriedenheit mit dem sozialen Leben, die Alltagsorgen und die Art des modernen Großstadtlebens zurück.

Natürlich kann dieses Lebel im Kerne nur durch eine soziale Gestaltung des Arbeits- und Wohnlebens beseitigt werden, aber sinnernd wirkt einem Erfahrenen der Spannkraft entgegen auch eine Kultur an der Menschenseele. Wie nie zuvor ist heute im Leben der Not Glaube nötig, Vertrauen zur großen Idee, innere Verbundenheit mit dem Gemeinwohlgedanken. Der Mensch hat etwas Seelisch-Starres nötig, mit dem er innerlich verbunden ist.

Es handelt sich hierbei um ein rein menschliches Bedürfnis für alle. Aber vielleicht ist es doch in der Jugend besonders stark. Der gewerkschaftlichen Jugendarbeit erwachsen darum große Aufgaben.

## Volksfeindliche Amorganisation des Rundfunks.

Die neuen Männer in Deutschland haben die Bedeutung des Rundfunks erstaunlich schnell erfasst. Sie haben dieses Aufklärungsmittel vor der Wahl in ausgiebigem Maße für sich selbst ausgenutzt. Sie haben überdies eine vollständige Umwandlung in der Leitung desselben vorgenommen. Angebracht sollte der Rundfunk von parteipolitischen Einflüssen befreit werden. In Wirklichkeit ging es darum, dieses vorzügliche Werbemittel

bestimmten Parteigruppen auszuliefern. Das Rundfunkprogramm wurde in erheblichem Maße verflücht. Darüber hinaus erhielt eine volksfeindliche Bürokratie die Verfügungsgewalt über die Darbietungen des Rundfunks. Die Empörung der deutschen Hand- und Kapsarbeiter über diese Maßnahme ist stark. Es wurden Stimmen laut, Hörerstreiks und Massenabmeldungen vorzunehmen. Der Vorstand des Arbeiter-Radiobundes hat Maßnahmen des Widerstandes gegen die die Freiheit der deutschen Kultur aufs schwerste bedrohende Entwicklung getrieben. Diese Maßnahmen werden in Übereinstimmung mit der Eisernen Front zur gegebenen Zeit angewendet werden. Es wird abgesehen, Protestabmeldungen einzelner Hörer vom Rundfunk oder wilde Hörerstreiks zu unterlassen. Solche unorganisierten Gegenmaßnahmen können einer zellsicheren Abwehrbewegung nur hinderlich sein.

## Arbeiter und Kind.

Es bestehen Zusammenhänge zwischen der Berufsarbeit des Vaters und dem Körperbau des Kindes. Das hat ein größerer Untersuchungsmaterial bewiesen, das von Dr. A. K. A. n. e. r. der „Gesundheitsfürsorge für das Kindesalter“ behandelt wird. Die Art der Berufsarbeit prägt sich auf die Konstitution des Kindes des Arbeitenden aus. Damit prägt sich auch aus der einseitigen Belastung des Vaters, wie sie das mechanische Arbeiten mit sich bringt. Damit prägt sich auch aus der gesunden heiliche Schaden, den die Berufsarbeit oft für den Arbeiter menschen bedeutet.

Sozial gestaltete Arbeit bedeutet mehr als eine Pflicht gegen den Arbeitmenschen. Die sozial gestaltete Arbeit wird sich auf vielfältig auswirken auf das Kind, die Jugend, die Zukunft des Volkes. Man kann den einzelnen Arbeitmenschen eben nicht herausreißen aus dem Zusammensein. Nur wer das Leben im Ganzen betrachtet, sieht es recht.

## Wenn hungernde Kinder zeichnen.

Wer Talent hat, kann sein Talent deshalb noch lange nicht auskosten. Wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind, geht es nicht. Der Mensch muß seine leibliche Bedürfnisse befriedigen können, wenn er seine geistigen Fähigkeiten entfalten will. Alle Kultur wurzelt letzten Endes in Wirtschaftlichkeit.

Diese Tatsache, die wir täglich im Leben beobachten können, hat man in Rußland an hungernden Kindern festgestellt. Nach dem Berichte, den Tarassiewitsch hierüber in der Zeitschrift für Kinderforschung bringt, sank das freie Zeichnen bei diesen hungernden Kindern, von denen Rußland ja leider so viele hat, ganz auffallend, und sobald das Kind wieder Ernährung und Pflege hatte, stieg das zeichnerische Talent wieder.

Diese Feststellung, die man in russischen Kinderheimen machte, beweist klar und deutlich, wie eng die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Kultur sind. Ohne die wirtschaftliche Voraussetzung kann sich geistige Fähigkeit nicht entwickeln. Und darum ist es gar nicht mehr zu bestreiten, daß auch die Kultur eines Landes um so größer ist, je sozialer ein Volk sein Zusammenleben gestaltet.

## Wie wächst der Mensch?

Man hat in dieser Zeit der Körperkultur und des Sports eingehende Untersuchungen auch über das Wachstum des Menschen angestellt und dabei, wie Dr. Arnold in der „Zeitschrift für Konstitutionslehre“ schreibt, gefunden, daß das Wachstum des jugendlichen Körpers sich bis zum 20. Lebensjahre nicht in einzelnen Perioden der Fülle und Streckung einteilen läßt. Es fällt vielmehr einen einheitlichen, gleichmäßig fortschreitenden Prozeß dar. Erst nach dem 20. Lebensjahre erfolgt zunächst eine geringe Zunahme der Breitenentwicklung bis zum 23. Jahre, dann setzt wieder ein stärkeres Breiten- und Umfangswachstum ein. So gibt sich der Leib nach einer gleichmäßigen Entwicklung durch zwei Jahrzehnte noch mal einen ordentlichen Ruck, und dann ist der Mensch fertig.

gestalten. Politik treiben heißt: sich kümmern um das Unzulängliche — um es erträglich zu gestalten.

Kumpel erzählt, immer weiter, an der Wand die Uhr macht tick-tack — tick-tack — und draußen läutet der Dom, zu irgendeiner religiösen Frühfeier. Um die leeren Kaffeetassen und um die Schüssel mit Fruchtgelee schwirren und summen ganz leise die gelben Wespen. Wiiiiiiii —

Weiter, Kumpel, vergiß dein Wort nicht.

Jojo. Also mit dem Auto vom Büro der Bergarbeiter sind wir los. Ein redegabter Angestellter unseres Verbandes und meine Benigkeit, ich, der arbeitslose Bergmann, mit einem Baden Agitationsblätter neben mir. Es geht ins Bauerndorf. Um neun Uhr heute abends soll Versammlung sein. Dieses Dorf hat fast einstimmig Nazis gewählt, aus Unwissenheit, aus Nichtverstehen — bestochen von den Lügen der Naziredner. Wir — die Bergleute, sind aus dem andern Dorf: wo alles rot gewählt hat, sozialdemokratisch, fortschrittlich, wirklich volkstümlich — und wir fühlen uns im Herzen fürs Nachbardorf mitverantwortlich, die Bauern sind unseres Blutes: sie sind das, was unsere eigenen Urdäter waren, Saft und Kraft der heimischen Scholle — wenn wir sehen, wie unsere Bauernbrüder von politischen Abenteurern und Gauklern um ihre Wahlstimmen betrogen werden, dann dürfen wir nicht schweigen — nein, wir bahnen der Wahrheit und der Freiheit eine Gasse.

Du, Kumpel an meinem Tisch, der du mir erzählst — guck hier in diesem Buch von Friedrich Schiller, les das mal.

Und Kumpel liest, ganz leise und doch mit verstehender Betonung, das Schillerwort: „Denn gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!“

Mag sein, jagt Kumpel, daß die Götter vergebens kämpfen — aber wir Männer der Bergarbeit, wir sind doch keine Götter, wir sind nur Menschen — und was die Menschenhand oder der Menschengeist immer an Gutem und Ehrlichem und Wahrschaffendem getan hat, das hat noch immer irgendwo seine Frucht getragen: war es auch nur eine einzige goldene Aehre, die im schwarzen Schlehengebüsch zu Leben und Frucht kam — ihre Körner wurden von den Vögeln weitergetragen — und gediehen anderen Orts. Das Edle verliert sich nie und nie. Nein!

Also wir sind im Dorf. Feindschaft umweht uns. Auf unserm Auto die drei Weile haben uns von vornherein gezeichnet, als das, was wir nicht sind — aber auch als das, was

unsere politischen Gegner uns mit verleumderischen Worten hin stellen. Wir wissen das!

Das Dorf. Es dunkelt schon leise. Hohe Kornwagen stehen bei der Dreschmaschine herum — morgen wird wieder Frucht gedroschen, heute ist Feierabend.

Im Saal. Im Wirtschaftshaus. Unsere Vertrauensleute haben sich zu uns gestellt — fünf — sechs Bergleute, die früher an unserm Bütt arbeiteten, die täglich ihre drei Begehunden marschierten, um mit uns als Kameraden in die dunkle aber schöpferische Tiefe zu rutschen. Jetzt sind wir alle arbeitslos, aber nicht tatlos und nicht mutlos. Unser Bütt wird wieder arbeiten. Wir lassen ihn nicht im Stich. Niemals.

Der Saal füllt sich. Doch diese Füllfarbe, schön ist sie nicht — und doch wäre sie schön, wenn wir richtig Fleischwurst dahätten — Fleischwurst mit Senf.

Die Senfhosen füllen den Saal. Unsere Genossen erzählen aus der ganzen Umgebung haben die Nazis ihre Senfhosen sammeltgezogen, sogar von der Kreisstadt her — unsere Versammlung zu hindern und zu sprengen.

Tut nichts, Genosse Redner, lege mal los. Mut! Freiheit! Die Rednerfaust dem Ungeheuer ins Maul. Wenig Bauern sind im Saale anwesend, teils sind sie müde vom Erntetag, teils ahnen sie doch — daß die Senfhosen nur Krakeel suchen, und daß will Bruder Bauer nicht — im Grunde seines Herzens ist er friedlich und ehrbar, gleich uns Brüdern vom Bergwerk. In stand wollen wir!

Dscha, da war nichts zu machen — mit gefälligen Worten ward unser Redner von den verhassten Nazireden niedergeschrien, unsere Agitationsblätter wurden zertreten, wir beiden rieten, Apostel und unsere paar Ortsgenossen wurden von den schändlichen Senfhosen bedroht — Biergläser fliegen schwer an uns vorbei, wie toternde Measeiger — der Landjäger, leichenblau löst er die Versammlung auf — er begleitet uns zum Auto — nicht drängen — wir sitzen — laß Gas an — da: Klirr-schwirr — die Scheiben des Autos gehen in Trümmer, der Ueberfall, ein Steinwurf erledigt auch den Landjäger — aber tödlich. Naß das Auto springt davon: fort von diesen senfhosigen Feiglingen die mit einigen hundert Mann zwei wehrlose Freiheitsmänner überfielen!

Heute fort, doch Freunde im Dorf: wir kommen wieder haltet uns die Treue, wir halten sie euch auch. Freiheit! Max Dortu.



# Die Konferenz in Ottawa.

Die mit großem Eifer vorbereitete und mit starker Spannung erwartete Konferenz in Ottawa ging nach sechswochiger Dauer zu Ende. Sie wurde einberufen, um das Band zwischen den Gliedern des britischen Reichs enger zu knüpfen. Vielfach sprach man von dem Plan der Schaffung eines großen, sich selbst versorgenden Wirtschaftsgebietes, das sich auf sich selbst stützen und sich von anderen Wirtschaftsgebieten weitgehend abschließen könnte. Von einer solchen Entwicklung wurde die Auslösung einer anderen weltgeschichtlichen Bewegung erwartet, der Zwang, daß nach der Gründung eines einheitlichen britischen Wirtschaftsgebietes die anderen Länder, dem Zwang gehorchend, sich in Wirtschaftsverbände zusammenschließen würden. Nichts von alledem trat in Ottawa ein. Die Verflochtenheit sowohl Englands wie der Dominions mit der übrigen Welt schuf Tatsachen, die durch keine Beschlüsse in Ottawa aus der Welt geschaffen werden konnten. Die dort versammelten Länder hatten sämtlich ihre eigenen Interessen, die nicht ohne weiteres miteinander zu vereinbaren waren, und sie mußten auf die Länder, mit welchen sie im ständigen Wirtschaftsverkehr stehen, Rücksicht nehmen. So hat denn auch Ottawa den engen wirtschaftlichen Zusammenschluß des britischen Reichs nicht gebracht.

Die Konferenz in Ottawa war ausgefüllt durch Verhandlungen, die die Einräumung der Vorzugsbehandlung für die Produkte der Dominions in England und für englische Waren in den Dominions zum Ziel hatten. Zum ersten Male war es diesmal möglich, über eine Vorzugsbehandlung in großem Maßstab zu verhandeln. Solange nämlich England fast vollständig ein Freihandelsland war, konnte die Vorzugsbehandlung im wesentlichen nur eine einseitige sein, indem die Dominions englische Waren zu niedrigeren Zollsätzen als die Waren anderer Länder in ihre Gebiete hereinließen, während England selbst kaum in der Lage war, dafür Gegenleistungen zu bieten. Seitdem aber England zum Schutzollsystem überging, kann es der Einfuhr aus den Dominions gleichfalls Vorteile bieten. In der Tat wurden die Dominions vom zehnprozentigen englischen Generalzoll befreit und sie erhielten auch andere Vorzugszölle. In Ottawa wurde nun um einen jeden Warenposten harten Kampf geführt. Die Dominions wollten ihre Vorzugsbehandlung gegenüber der heute bestehenden stark erweitern, sie verlangten die Einräumung neuer und die Erhöhung der bisherigen Vorzugsbehandlung, auch forderten sie die Sicherung ihres Absatzes in England durch Anwendung der neuen Maßnahmen der Handelspolitik, insbesondere durch Zulassung der Uebernahme bestimmter Warenkontingente. England forderte wiederum die Erhöhung der bestehenden Vorzugsbehandlung auf englische Waren. Sowohl die Rücksicht auf andere Länder, deren Benachteiligung zu Gegenmaßnahmen seitens jener Länder hätte führen können, wie auch die Rücksicht auf den Schutz der eigenen Industrien der Dominions, standen der Erweiterung der Vorzugsbehandlung im Wege. Besonders schwer waren die Verhandlungen zwischen England und Kanada, die, in leidenschaftlichem Ton geführt, zeitweilig sogar mit dem Fehlschlag der Konferenz drohten. Im Hintergrund dieser Verhandlungen standen die kanadischen und die englischen Beziehungen zum großen Nachbar Kanadas, den Vereinigten Staaten, deren Zölle neuerdings kanadische Einfuhr verdrängten, die aber als Gläubiger sowohl Kanadas wie Englands gegenüber eine starke Machtstellung innehaben. Verhältnismäßig leicht wurde die Einigung mit Indien erzielt, das von England bestimmte, nicht allzu wichtige Vergünstigungen erhält und die eigene Vorzugsbehandlung für englische Waren erweitert. Schwieriger war die Einigung mit Australien und Neuseeland, die die weitere Bevorzugung ihrer Ausfuhr von Molkereiprodukten und von Fleisch verlangten, am schwierigsten mit Kanada, das auf der einen Seite auf den Schutz seiner eigenen Industrieproduktion auch gegenüber England bestand, auf der anderen Seite aber die Erweiterung seines Absatzes nach England sowohl für Fleisch als Molkereiprodukte wie auch für Holz verlangte. Die in Ottawa

vereinbarten Zollsätze wurden noch nicht bekanntgegeben, aus den Veröffentlichungen geht aber deutlich hervor, daß die Vorteile, die die Dominions erreichten, vor allem auf Kosten Dänemarks, Argentiniens und Rußlands gehen. Die englischen Zölle auf Butter, Eier und Käse werden voraussichtlich von 10 auf 15 Prozent erhöht, während die Dominions nur einen 5 Prozent-Zoll zu tragen haben werden, und was für Dänemark viel schlimmer ist, seine Ausfuhr von Speck nach England wird vermindert (kontingentiert). Der Zoll auf Holz dürfte von 10 auf 20 Prozent erhöht werden. Die Holzausfuhr Rußlands wird aber darüber hinaus schwer getroffen, indem besondere Maßnahmen gegen eine „Ausfuhr mit Staatsunterstützung“, worunter die Holzausfuhr Sowjet-Rußlands gemeint ist, eingeführt werden sollen. Dies gehört zu den bedauerlichsten Ergebnissen der Konferenz. Für England selbst kam bei den Verhandlungen nicht allzu viel heraus. In Kanada konnte es nur die Bevorzugung seiner Eisen- und Stahlausfuhr erwirken, jedoch keine ausreichenden Sonderprivilegien für seine Textilindustrie, zumal die kanadischen Vorzugszölle zugunsten Englands mit dem Vorbehalt beschloßen wurden, daß die Leistungsfähigkeit der kanadischen Industrie geschützt bleiben muß. Auf Kosten Deutschlands und anderer Länder wird England seine Ausfuhr in den Dominions allerdings erweitern.

Das Kompromiß von Ottawa ist ein Gemisch von handelspolitischen Maßnahmen. Es bringt sowohl für die anderen Länder die Beeinträchtigung ihres Absatzes durch die Vorzugsbehandlung, und auch manche absolute Zollerhöhung, ja voraussichtlich auch eine, vermutlich nicht weitgehende Kontingentierung der Einfuhr bestimmter Waren. Dennoch kann es nicht als ein hochschulziges politisches Werk angesehen werden. Im großen und ganzen sind die Beschlüsse in Ottawa durch das System genügender Schutzzölle gekennzeichnet. Gerade diese Tatsache ist jedoch auch für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft von großer Bedeutung. War die Konferenz von Ottawa für die übrige Welt allein schon deshalb von Wichtigkeit, da vor ihrer Beendigung weder die Abhaltung der Weltwirtschaftskonferenz noch der Abschluß wichtiger Handelsverträge möglich war, so kann auch festgesetzt werden, daß die Ergebnisse der Konferenz den Weg für die kommenden internationalen Verhandlungen nicht verbauten. Dies allein muß schon in der heutigen verworrenen Lage der Weltwirtschaft, wo der Kampf aller gegen alle tobt, als ein Fortschritt bezeichnet werden. Weder die zollpolitischen noch die währungspolitischen Beschlüsse der Konferenz schufen vollendete Tatsachen, die auf eine Trennung und Abiperrung des britischen Reichs von der übrigen Welt hinausgehen würden. Möglicherweise wird England einem Wirtschaftskonflikt mit Rußland wegen der Frage der russischen Holzausfuhr aus dem Wege gehen. Die internationale Befestigung der Hindernisse des Welt Handels wurde freilich in Ottawa nicht gerade gefördert, aber die Umsichten dazu auch nicht verarmt. In der Weltwirtschaftspolitik beschränkte sich die Konferenz nur auf solche Empfehlungen, die die Arbeit der Weltwirtschaftskonferenz zu erleichtern vermögen. Wie man es von vornherein annehmen konnte, wurde die Schaffung einer einheitlichen Reichswährung für das britische Reich überhaupt nicht erwogen. Hierzu sind die Unterschiede der Wirtschaftsverfassungen im britischen Reich allzu groß. Die Steigerung der Weltmarktpreise für Rohstoffe und die Ausbehnung der kurzfristigen Kredite bei gleichzeitiger Ablage an inflationistische Bestrebungen, die in Ottawa gewirkt wurde, kann der Erleichterung der Wirtschaftskrise förderlich sein.

Die überspannten Erwartungen derer, die die nüchternen Wirtschaftstatistiken nicht berücksichtigen wollten, haben sich in Ottawa nicht erfüllt. Was aber die übrige Welt anbelangt, die bereits daran gewöhnt ist, in ihren Ansprüchen an internationale Zusammenarbeit bescheiden zu sein, so wird sie die Ergebnisse der Konferenz in Ottawa trotz mancher Konfliktsstoffe nicht gerade als unbefriedigend empfinden.

so wundert sich der Auftraggeber, wenn er eine Arbeitsstunde mit 3 M. angerechnet bekommt. Welt das Einkommen aller Bevölkerungsschichten gesunken ist, versucht natürlich jeder, notwendige Arbeiten so billig wie möglich ausgeführt zu bekommen.

Die Schwarzarbeit hat ihre begründeten Ursachen und kann bis zu einem gewissen Grade einzuschränkt werden. Aber zweifellos ist sie eine Gefahr. Eine vertraglich geregelte Tarif- und Lohnpolitik kann nicht aufrechterhalten werden, wenn ein Heer von Schwarzarbeitern neben der regulären gewerblichen Tätigkeit vorhanden ist. Die Gewerkschaften sind durchaus für Eindämmung der Schwarzarbeit, verkennen aber dabei keineswegs, daß es sich hier um die Auswirkung einer ganz außergewöhnlichen Notzeit handelt.

## Gegen die beabsichtigte Margarinesteuer.

Die deutsche Reichsregierung beabsichtigt im Wege der Verordnung eine Margarinesteuer einzuführen. Angeblich soll dies im Interesse der deutschen Landwirtschaft geschehen. Damit würde ein lebenswichtiger Artikel des täglichen Bedarfs künstlich verteuert werden. Daß sich die Gewerkschaften ganz entschieden gegen diesen Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung zur Wehr setzen, ist selbstverständlich. Aber auch in anderen Kreisen bestehen dagegen lebhaft Bedenken. Die Hamburger Handelskammer hat in einer Eingabe gegen die Einführung der Margarinesteuer protestiert. Dabei wurden u. a. folgende Gesichtspunkte ins Feld geführt:

Der Margarinekonsum würde wesentlich zurückgehen, wenn der Preis von heute sich etwa verdoppeln würde. Eine Erhöhung des Butterverbrauchs würde dadurch kaum eintreten. Die Margarine, das unentbehrliche Speisefett für große Bevölkerungskreise wegen seiner Billigkeit, enthält Nährstoffe, die als lebensnotwendig zu bezeichnen sind und durch andere, im gleichen Preis stehende Nahrungsmittel nicht ersetzt werden können. Angeht die geschmälerte Kaufkraft der Bevölkerung müßte im Falle einer Vertecuerung der Margarine entweder der Fettkonsum verringert oder der Mehraufwand durch Erparungen hinsichtlich des Konsums anderer Nahrungs- und Genussmittel aufgebracht werden. Die Margarinesteuer würde also den wirtschaftlich schwächsten Teil der Bevölkerung belasten.

Diesen Argumenten kann man sich durchaus anschließen. Die beabsichtigte Margarinesteuer ist ein weiterer Beweis der Volksfeindlichkeit der gegenwärtigen Regierung!

## Der Naziterror auf dem Lande.

Landwirte müssen SA-Uniformen bezahlen.

Es ist durchaus nicht so, daß auf dem Lande die nationalsozialistische Bewegung ungeleitete Zustimmung findet. Der Kreis derjenigen Bauern, welche die Nazi-Partei als eine Plage empfinden und sich nur zähneknirschend dem auf sie geübten Terror fügen, ist gar nicht so klein.

Das kam so recht bei Verhandlungen zum Ausdruck, die ein Angestellter des Landarbeiterverbandes im Kreise Dschersleben mit verschiedenen Landwirten wegen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis hatte. So manchen Stoffeufser bekam er bei dieser Gelegenheit von den Landwirten zu hören. Es ist geradezu erstaunlich, mit welchen Mitteln besonders von den kleinen Landwirten Gelder und Naturalien für die nationalsozialistische Bewegung erpreßt werden. In jedem Ort werden die Einwohner in aktive Mitglieder und Paten eingeteilt. Wer sich aus irgendeinem Grunde nicht aktiv an der Bewegung beteiligt, muß, je nach seiner Leistungsfähigkeit, sogenannte Patenkinder übernehmen. Diese Patenkinder sind mit Uniformen zu versorgen, für die der ansehnliche Betrag von 110 M. zu zahlen ist. Wer sich weigert, Patenschaften zu übernehmen, kommt auf die schwarze Liste. Was das auf dem Lande, wo oft einer auf den anderen angewiesen ist, bedeutet, kann sich jeder selbst ausdenken. Die größeren Landwirte übernehmen mehrere Patenschaften freiwillig. Unentwegt klagen zwar besonders die großen Landwirte über die Not der Landwirtschaft, was sie aber nicht hindert, größere Summen für die nationalsozialistische Unternehmerrgader auszugeben. Sie hoffen eben, daß sie ihr Geld bei der nationalsozialistischen Bewegung gut anlegen und daß sie es doppelt und dreifach unter einer nationalsozialistischen Herrschaft wieder einbringen werden.

Die kleinen, schwer um ihre Existenz ringenden Landwirte denken darüber zwar etwas anders. Sie könnten das wenige einkommende Bargeld für ihren Betrieb und ihre Familie besser gebrauchen. Zähneknirschend müssen sie sich aber dem Druck der Großen fügen, wollen sie nicht von ihren nationalsozialistischen Kollegen verstoßen werden, was für sie noch größere wirtschaftliche Nachteile zur Folge haben kann.

Stolz und mit geschwelter Brust laufen die SA-„Männer“ in ihren neuen Uniformen umher und terrorisieren die anders gesinnte und friedliebende Bevölkerung. Die Bauern, die das Geld für die Uniformen hergeben mußten, und die Landarbeiter, denen deswegen der Lohn gekürzt wurde, gehen in alten schlechten Kleidern und denken voll Bitternis daran, daß sie sich einschränken müssen, nur damit die SA. gut uniformiert marschieren kann.

Was aus dem Kreise Dschersleben bekannt wurde, ist ein neuer Beweis für die Richtigkeit des Schlagwortes, das der Volksmund während des Wahlkampfes prägte:

„SA. kriegt neue Treffen, das Volk hat nichts zu freffen.“

## Die Frau bei den Nazis.

Wie bei früheren Wahlen, so hat man auch bei der letzten Reichstagswahl vereinzelt getrennt nach Frauen und Männern abstimmen lassen. Aus Waugen liegt uns das Ergebnis solcher Abstimmung vor, und wir können aus diesem Ergebnis klar erkennen, daß vor allem die Frauen den Nazis folgen.

4371 Nazimännerstimmen standen da 5283 Nazifrauenstimmen gegenüber. Wir sehen: Hitler zieht bei den Frauen, Hitler, der ewige Junggeselle. (Warum heiratet er nicht?)

Aber man sieht damit zugleich, wie leicht Frauen sich durch Aufpeitschung ihrer Gefühle einfangen lassen, und das gibt uns Anlaß, zu prüfen, ob unsere Propaganda, auch für den Verband, genügend das Wesentliche der weiblichen Art, das Gefühl, das Gemüt, die Frauenseele ergreift.

Es muß unsere Aufgabe im Kampf für den proletarischen Gedanken sein, die Idee unseres Kampfes hineinzufließen in das große Gefuehen, sie auch weltanschaulich zu umfassen. Auch beim Zentrum, bei den Deutschnationalen und beim Christlich-sozialen Volksdienst ist eine stärkere Stimmenzahl bei den Frauen festzustellen. Wenn uns die Religion auch Privatfache ist, so haben wir doch unsere Idee einzufügen in das Ueberzeitliche ohne Dogma, in den sittlichen Sinn des Geschehens, daß die Frau an unserem Gedanken warm wird und ihn liebt.

## Verminderte Kohlenlieferungen nach Belgien.

Zu den Pressmeldungen, wonach der deutsche Bergbau infolge des belgischen Bergarbeiterstreiks eine Sonderkonjunktur zu erwarten hätte, ist zu bemerken, daß solche Vermutungen jeder tatsächlichen Grundlage entbehren und nur geeignet sind, Verwirrung zu stiften. Abgesehen von den großen belgischen Halbenbeständen, auf welche die dortigen Unternehmer selbst unter Zuhilfenahme des Militärs zurückzugreifen suchen, ist eine Absatzumsenkung durch die belgische Kontingentierungspolitik für Kohle vollkommen ausgeschlossen. Im Gegenteil hat Belgien bereits seit Ende vorigen Jahres die deutsche Kohleneinfuhr fortgesetzt zurückgedrückt, um damit zuletzt zu einem Einschränkungsatz von 55,7 Proz. der Durchschnittskohlenimporte der ersten sechs Monate von 1931 zu gelangen. Ueber weitere Verminderungen der Kohleneinfuhr nach Belgien finden gegenwärtig zwischen Belgien und Deutschland Verhandlungen statt, die wahrscheinlich eine abermalige Drosselung des deutschen Kohlenaußenhandels bringen werden. Ebenso irrig ist die Auffassung, daß die im Verhältnis zu dem Gesamtabsatz des Kohlenhandels nicht wesentlich zu Buch schlagenden Kohlenlieferungen nach Irland eine Sonderkonjunktur für den Bergbau begründen könnten. Eine Besserung des Kohlenaußenhandels kann weder aus wirtschaftlichen noch aus sozialen Störungen in dem einen oder anderen europäischen Kohlenlande kommen, sondern nur durch eine internationale Kohlenverständigung, wie sie die Bergarbeiter aller Länder seit Jahren mit praktischen Vorschlägen fordern, die sich im weiten Maße kürzlich auch der Völkerverbund zu eigen gemacht hat.

## Industrieproteste gegen Agrarzölle.

Es mehren sich die Proteste der einzelnen Industriegruppen gegen die Zollpolitik der deutschen Regierung. Nachgerade gelangt es dieser einseitig zusammengesetzten Regierung, alle günstigen Verbindungen Deutschlands mit anderen Ländern zu zerbrechen. Daß dies auf die Dauer von der Industrie nicht unüberwunden hingenommen werden kann, ist erklärlich. Neuerdings hat auch der Ruhrkohlenbergbau eine Eingabe an die Regierung gerichtet, wo der Rückgang der Kohlenaufuhr auf die handelspolitischen Maßnahmen zurückgeführt wird. Die deutsche Kohlenaufuhr im ersten Vierteljahr 1932 blieb um 40 Prozent hinter dem Vierteljahresdurchschnitt von 1929 zurück, die englische dagegen um 30 Prozent, die polnische um 28 Prozent und die holländische um 14 Prozent. Der stärkere Rückgang der deutschen Kohlenaufuhr gegenüber den anderen Ländern wird auf zollpolitische Maßnahmen auf dem Gebiet der Agrarprodukte zurückgeführt. Es ist deshalb erklärlich, daß sich die Industrie gegen eine derartige Schädigung ihrer Exportinteressen zur Wehr setzt.

## Vorbereitende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Der frühere Staatssekretär Dr. August Müller macht in der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 373) Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenfürsorge. Er ist der Meinung, daß die Dezentralisierung der Arbeitslosenversicherung ähnlich wie bei den Berufsgenossenschaften erfolgen müsse, weil dann das Verantwortungsbewußtsein wesentlich gesteigert würde. „Wahrscheinlich würde in manchen Wirtschaftsregionen weniger leichtfertig Auslandskapital zu gewagten Rationalisierungsmaßnahmen verwendet worden sein, wenn dahinter die Verpflichtung zu einer direkten Fürsorge für die der Arbeitslosigkeit anheimgefallenen Opfer der Rationalisierung gestanden hätte.“

Wir wollen zu diesem Vorschlag nicht Stellung nehmen. Die heutige Regelung der Arbeitslosenfürsorge braucht bestimmt nicht in alle Ewigkeit als richtig anerkannt zu werden. Im heutigen Stadium der Krise kann jedoch an eine Umorganisation der Arbeitslosenfürsorge nicht gedacht werden.

Professor Müller weist aber auch auf eine weitere entscheidende Frage, d. h. auf die Arbeitszeit hin: „Das Entscheidende ist die Anpassung der Arbeitszeit an die technischen Möglichkeiten und sozialen Bedürfnisse der Gegenwart.“ Und an einer anderen Stelle des Artikels sagt er, daß eine vorbeugende Regelung „an eine rechtzeitige krisenheilend wirkende Handhabung der Arbeitszeitfrage denken müsse.“

So kommen immer mehr Leute zu der Ueberzeugung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zur Milderung der Arbeitslosigkeit wesentlich beitragen könnte.

## Das Problem der Schwarzarbeit.

Ein großer Teil der Arbeitslosen würde längst elend umgekommen sein, wenn es keine Schwarzarbeit gäbe. Von den Unterstützungssätzen, wie sie in Deutschland gezahlt werden, ist das Leben kaum aufrechtzuerhalten. Deshalb gibt es neben der regulären Armee der Beschäftigten ein großes unkontrollierbares Heer von Schwarzarbeitern. Alle Versuche, die Schwarzarbeit einzudämmen, sind bisher fehlgeschlagen. Solange die Hauptursachen der Schwarzarbeit, Arbeitslosigkeit und Not, nicht beseitigt sind, wird man diese nicht ausrotten können.

Welchen Umfang die Schwarzarbeit angenommen hat, kann man daraus erkennen, daß ihr Umsatz auf mindestens 700 Mill. M. geschätzt wird. Für diese Summe könnten 150- bis 200 000 Arbeiter ein Jahr lang regulär beschäftigt werden. Neben den bereits genannten Ursachen wird die Schwarzarbeit aber auch durch mancherlei Dinge begünstigt. Die meisten Schwarzarbeiter werden in der Hauswirtschaft beschäftigt. Es ist nicht zu verkennen, daß die Preise für Reparaturen aller Art sehr überhöht sind. Wenn der Stundenlohn eines Arbeiters 1 M. beträgt,



### Die Arbeitslosigkeit deutscher Großstädte.

In den Großstädten ist die Arbeitslosigkeit höher als auf dem ländlichen Lande. Die Jahre 1929 bis 1931 zusammengefaßt ergaben für die deutschen Großstädte eine Arbeitslosenziffer von 73 auf 1000 Einwohner gegen 50 im ganzen Reich. Daraus ist ersichtlich, daß in den Großstädten ziemlich erhebliche Massen arbeitsloser Arbeiter und Angestellter zusammengelassen sind. Den höchsten Arbeitslosensatz unter den deutschen Großstädten hat Breslau in den letzten Jahren gehabt. In den Jahren 1929 bis 1931 kamen auf je 1000 Einwohner in Breslau 104 Arbeitslose, in Chemnitz 84, in Dresden 82, in Leipzig 81, in Mannheim 81, in Berlin 79, in Stettin 77 usw. Im Jahre 1931 stand Chemnitz mit rund 130 an der Spitze. Es folgten Breslau mit 128, Leipzig mit 117, Duisburg-Samborn mit 116, Dresden mit 115, Dortmund mit 111 und Berlin mit 111. Die niedrigste Arbeitslosigkeit unter 27 deutschen Großstädten hat Stuttgart mit 53.

In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit in den Großstädten stärker gestiegen als im Reich. Im Jahre 1929 wurden in ihnen 44 Arbeitsuchende auf 1000 Einwohner gezählt, im ganzen Reich dagegen nur 31. Das Verhältnis war im Jahre 1930 71 zu 49 und im Jahre 1931 104 zu 72. Berlin rangierte in den letzten Jahren bezüglich der Höhe der Arbeitslosigkeit je 1000 Einwohner an sechster Stelle.

### Frankreich und die Arbeitslosigkeit.

Frankreich ist eines jener Länder, die zuletzt in den Kreis der Krisenländer eingetreten sind. Die offizielle Arbeitslosenstatistik in Frankreich verzeichnet 263 000 Vollarbeitslose und 750 000 Teilarbeitslose oder Kurzarbeiter. Vor zwei Jahren wurden von der gleichen Stelle 10 000 Arbeitslose gezählt. Mit diesen Ziffern ist die Arbeitslosigkeit Frankreichs keineswegs erfüllt. Da die Arbeitslosenunterstützung nicht als Pflichtversicherung eingeführt ist, bleibt ein großer Teil der Arbeitslosen, ja vielleicht die Mehrzahl derselben außer Betracht. Nach der genannten Statistik hat Paris gegenwärtig 90 000 Arbeitslose. Auch in Paris ist die Arbeitslosigkeit wesentlich höher. Kenner der Verhältnisse schätzen die Zahl der Vollarbeitslosen und Kurzarbeiter in Frankreich auf rund zwei Millionen. Immerhin dürften diese Angaben beweisen, daß auch das halbindustrialisierte Frankreich mit den Sorgen der Krise belastet ist.

### Vom Sinn gewerkschaftlicher Bildung.

Unsere Zeit, die in ihren Grundfesten erschüttert ist, verlangt natürlich eine ganz andere Auffassung von Bildung, als sie je eine Zeit kannte. Bisher war Bildung vor allem das Beherrschen von Wissen. Der Mensch war ein lebendiges Veriton. Heute aber sehen wir, daß selbst das Wissen ins Wanken geraten ist. Was heute gefunden wird, morgen so oft bereits als Wissen von gestern erkannt. Oder man findet, am dann ganz neue, nie vermutete Wunder vor sich zu sehen.

Das bedeutet natürlich nicht, abzusehen vom Wissen. Es bedeutet vielmehr, das wesentliche alles Wissens zu erkennen, die Seele des Wissens, den Kern, die Idee und aus all dem Wissen herauszuwachsen als Mensch der Zeit: als Kämpfer.

„Es ist“, schreibt hierüber recht treffend die „Freie Volksbildung“, „eine Erschütterung ohne Gleichen, die das Menschsein unserer Tage betroffen hat“. „Durch diese Situation ist“, so heißt es dann weiter, „die Bildungsaufgabe eindeutig vorgezeichnet. Wer möchte sich mit bloßer Wissensvermittlung begnügen, wenn alles „Wissen“ in Frage gestellt wird und auch bei gewissem Wissen das große „Wozu“ immer neu ins Zweifelhafte des Zweifels tritt? Hier geht es“, so folgert die Zeitschrift in einer Arbeit von R. Liebe, „um ein ganz anderes Ziel. Der Irregeordnete will wieder festen Grund unter den Füßen haben! Es heißt Neuorientierung im Lebensgange inmitten einer erschütterten Welt... Es handelt sich um befreiende Aufklärung und machtvollen Willensimpuls. Es handelt sich um die Einleitung eines Heilungsprozesses, der überaus an die natürlichen Heilfaktoren appelliert, — um ein Wegräumen von Trümmern und ein Wachrufen der vorhandenen latenten Eigenkraft. Es geht hinaus auf feste, befreiende Haltung zur Ganzheit des Seins, auf Seelenreinigung und Ethisierung.“

Das ist der Geist, den auch wir in unserem Verbandsblatt pflegen. Das ist die gewerkschaftliche Bildung, deren letzter Sinn ist, das kämpferische Ethos zu stärken, den kämpferischen Glauben, die kämpferische Treue und die politische Kraft des Siegs.

### Lesen die Arbeitslosen?

Nach der Ansicht vieler Spießbürger ist der Arbeitslose ein Faulenzer, der für nichts ein Interesse hat. Demgegenüber heißt der Geschäftsführer des Verbandes deutscher Volksbibliothekare, Hans Hoffmann, fest, daß die Benutzung der Volksbibliotheken bis zu 60 Prozent gestiegen ist.

Das bedeutet eine Verantwortung, die den Volksbibliothekaren gegeben ist. Ist es aber angesichts solcher Verantwortung statthaft, daß, wie der genannte Geschäftsführer ebenfalls mitteilt, am Etat der Volksbibliotheken Kürzungen bis zu 75 Prozent vorgenommen worden sind?

Nie wurden die Volksbibliotheken so benützt wie heute und nie waren sie kulturell so bedeutungsvoll wie jetzt. Da ist es nicht nur erforderlich, den Bibliotheken die nötigen Mittel zu erhalten. Da ist es zugleich notwendig, mit den immerhin beschränkten Mitteln das zur Verfügung zu stellen, was in eine moderne Bibliothek gehört.

Aber in einem vogeländlichen Dorfe wurde jetzt von der Gemeinde auf einen Naziantrag hin beschlossen, Jolas „Germania“ und andere Bücher aus der Bibliothek zu entfernen. Und was sollte statt dieser Bücher hinein? Bücher wie Hitlers Selbstbiographie! Ein Buch, von dem kein einziger Kulturmann in Deutschland behauptet, daß es ein Standardwerk unserer Literatur ist. Und weitere Neuanschaffungen sollen der Nazigemeindevertretung vorbehalten bleiben! Der Bibliothekar, der etwas von solcher Sache versteht, der ist im „Dritten Reich“ eine Null.

Gerade angesichts der Bedeutung, die die Volksbibliotheken heute für die Arbeitslosen haben, müssen wir überall unseren Einfluß dahin geltend machen, daß nur brauchbare Literatur die Regale der Bibliotheken füllt. Auch in die Büchereien des Volkes soll das „Dritte Reich“ niemals seinen Einzug halten!

### Kapitalismus und Ethik.

Je kapitalistischer die Presse ist, um so widerlicher ist sie. Wir kennen ja auch in Deutschland jene erbärmlichen Blätter, die von Sensationen leben und die ihre ganze Wirksamkeit nur vom Standpunkte des Geschäfts betrachten. Noch durchsichtiger ist die Presse in Amerika. Selbst die führenden Zeitungen sind da auf Sensation eingestellt, um „Geld zu machen“.

Wir wissen, daß selbst die bedauerliche Einführung des kleinen Kindes der Lindberghs von der amerikanischen Presse für ihre Geschäftsinteressen ausgenutzt worden ist. Jetzt finden wir im „Kunstmagazin“ einige Angaben, die zeigen, wie groß der Erfolg solcher Spekulation auf die niedrigsten Triebe im Menschen ist. Zwei Hearst-Organe mußten die Aufträge, in denen die Lindbergh-Affäre behandelt wurde, um 300 000 Exemplare erhöhen. Durchschnittlich betrug die Zunahme der Auflage bei der amerikanischen Tagespresse 15 bis 20 Proz. Eine Wirtschaft, die um so besser gedeiht, je unantständiger sie sich auslebt, hat keine Giltigkeitsberechtigung!

### Erfolge im Kampf ums Recht.

Es werden folgende Barerfolge auf Grund der Rechtsschutzfähigkeit in diesem Jahre gemeldet:

Ruhrbezirk	im 1. Halbjahre	148 233,60 M.
Bezirk Nordhausen	1. Vierteljahr	10 555,52 M.
„ Waldburg	2. „	21 769,10 M.
„ Senftenberg	2. „	16 619,05 M.
„ Halle	2. „	68 782,95 M.
„ Hannover	2. „	11 003,18 M.
„ Zwickau	2. „	9 335,20 M.
„ Evgau	2. „	6 694,00 M.
„ Münden	2. „	4 704,96 M.
„ Zeitz	2. „	397,00 M.
		298 094,56 M.

Kumpel! Unterstützt du diesen Kampf deines Verbandes?

### Aus dem Ruhrrevier.

#### Grubenunfall auf Matthias Stinnes 3/4.

Am 24. August ereignete sich während der Seilfahrt auf der Schachtanlage Matthias Stinnes 3/4 in Gladbeck-Braun ein Grubenunfall, bei dem zwei Kameraden schwer verletzt wurden. Während der Seilfahrt platzte ein Pressluftrohr. Die auströmende Luft wirbelte Steine und alles Bemögliche auf und durch die umherfliegenden Stücke wurden zwei Kameraden derart verletzt, daß sie dem Krankenhaus Bergmannsheil in Buer zugeführt werden mußten.

Die auf dem Füllort anwesenden etwa 50 Kameraden wurden derart durcheinandergeschleudert, daß leichtere Verletzungen bei mehreren zu verzeichnen waren. Ein Kamerade, die vollkommen durchnäßt waren, wurden vom Betriebsführer nach Hause geschickt und es ist diesen die Schicht vergütet worden. Die Ursache dieses Unfalles ist auf das Zerreißen eines geschweißten Rohres zurückzuführen. Ein schuldhaftes Vergehen irgendwelcher Seite kommt nicht in Frage.

### Aus dem Saarrevier.

#### Die kommunistischen Spalter.

Die Gewerkschaftspalter der RGD im Saargebiet finden nicht den notwendigen Boden für ihr unfauberes Handwerk. Trotz und alledem betreiben sie weiter Zerpfitterungsarbeit. So haben sie eine „Kommission innergewerkschaftlicher Arbeit im Bergarbeiterverband und christlichen Gewerkschaften“ gebildet. Ein Fragebogen an Funktionäre des Bergarbeiterverbandes soll den Spaltern das Wissenswerte übermitteln. Um den Kameraden ein Bild von dem schädlichen Treiben dieser Leute zu geben, bringen wir etliche Stikbiliten aus einem ihrer Rundschreiben. Am Kopf dieses Schreibens lesen wir:

### „Rundschreiben.“

Kommission zur Leitung der inner-gewerkschaftlichen Arbeit im BAW und Gewerksverein. Dudweiler, den 25. Juni 1932.

An alle Oppo-Gruppen und Vertrauensleute heißt es dann weiter:

„In diesem Stadium seid ihr als Oppo-Gruppen und Vertrauensleute in den reaktionären Gewerkschaften ein entscheidender Faktor. Von Euch, Kameraden, hängt sehr viel ab. Wie weit es uns gelingen wird, die proletarische Einheitsfront schnell und rasch herbeizuführen. Euer Arbeit, Euer Auftreten in den Versammlungen, Euer Schaffen auf dem Gebiete der persönlichen Beeinflussung der Mitglieder Eurer Gewerkschaften hat entscheidend wichtige Bedeutung.“

Man soll nicht sagen, es ist nichts zu machen, man muß Kameradschaftliche Sprache finden, um auch mit dem rückständigen Kumpel zu diskutieren, wir wollen und müssen zur Einheit der Arbeiterklasse, auf der Grundlage der Forderungen des proletarischen Kampfes kommen, weil dieses der Faktor ist, welcher auch den Sieg der Arbeiterklasse über ihre Feinde herbeizuführen wird.“

Selbstverständlich hat die christliche und reformistische Gewerkschaftsbürokratie mit einigen ihren Bauhaus kein Interesse an der Schaffung der proletarischen Einheitsfront. Sie haßt die Einheit der Arbeiterklasse wie die Pest. Sie werden alles unternehmen, um die Einheit der Arbeiterklasse zu hemmen, wenn nicht gar zu unterbinden. Das müssen unsere Kameraden sehr und hiergegen eine sehr ernste ideologische Kampagne bei der Mitgliedschaft führen. (Gibt es größere Lügen? Die Schriftleitung.)

Dieser Tage hat nun die rote Arbeiterauschubsbewegung Saarbergbau, unterstützt durch die verschiedensten Kräfte der Saarbergarbeiter einen Aufruf an die Belegschaftsmittglieder der Saargruben, an die Sicherheitsmänner und Arbeiterauschubsmittglieder, an die Mitglieder des BAW und christl. Gewerkschaften gerichtet, zwecks Schaffung der proletarischen Einheitsfront der Saarbergarbeiter, der erwerbslosen Bergarbeiter und der Rentempfänger der Saar-Knappschaft... Alle Oppo-Gruppen und Vertrauensleute müssen in den Mitgliederversammlungen ihres Verbandes dazu Stellung nehmen. Zustimmungserklärungen zu dem Aufruf herbeizuführen. Sie müssen gemeinsame Mitgliederversammlungen verlangen zwischen BAW, Gewerksverein und GVB. Im Ort. Diese Zusammenkünfte müssen praktische Beispiele der proletarischen Einheitsfront schaffen. Für diese Versammlung sowie auch die Mitgliederversammlungen muß man Referenten der roten Arbeiterauschubsbewegung anfordern.“

Folgend wird dann eine Berichterstattung erwähnt. Sie heißt es unter anderem:

„Nächste Arbeiten. Eine sehr wichtige Aufgabe ist es, daß man durchführen muß, die Registrierung aller oppositionellen Mitglieder in der Beitr. Zustelle. Als oppositionelle Mitglieder kommen nicht nur in Frage die Kommunisten, sondern alle Kameraden, welche mit der Strategie und der Taktik der Gewerkschaftsbürokratie nicht einverstanden sind. Wir legen Euch hier einen Registrierbogen bei. 1 Exemplar geht an uns, eins bleibt bei Euch.“

In diesem Tone geht es dann weiter. Es ist das übliche kommunistische Spaltungsmanöver. Kameraden, wir betonen noch einmal, die Einheitsfront der Arbeiterklasse ist die „Eiserne Front“. Jeder, der gewillt ist, Arbeit für die Arbeiterklasse zu leisten, trete ihr bei. Jede Mühsarbeit innerhalb der Organisation ist auf das entscheidendste zu bekämpfen. Seht auch die Wähler an! Was haben sie bisher für euch getan? Nichts! Kameraden, gebt ihnen die rechte Antwort und reißt ihnen, wo sie auftreten die Mäste vom Gesicht. Denkt daran, daß uns nur ein starker Verband vorwärtsbringen kann. Dieser Verband ist für jeden Klassenbewußten Bergmann der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands.

### Erklärung!

Es sind Gerüchte im Umlauf, ich solle dem Verband der Saarbergleute (Saarbund) angehören. Ich erkläre hiermit, daß ich nach wie vor im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands organisiert bin und bleibe. Ich werde jeden, der diese Gerüchte verbreitet, gerichtlich belangen. Michel J a n g, Werbeln (Saar).

### UNSERE TOTEN

Kirchlinde: Gustav B u b a n z, seit 1904 Mitglied. — Rahm August T i e l m a n n, seit 1911 organisiert. — Bochum 9: August R n a p p m a n n, seit 1900 Mitglied. — Schalbach: Jakob B u s c h, tödlich verunglückt. — Aulseben: Heinrich G r o b e. — Mühlhausen: Wilhelm W a h l e, seit 1920 Mitglied. — Herne 2: Oswald B e n k e, seit 1899 Mitglied. — Dortmund 2: Josef S a n d e r, tödlich verunglückt. — Merklind: Herm. R o g g e, seit 1918 organisiert. — Gainsdorf: Karl R o r b, tödlich verunglückt; Mitglied seit 1914. — Aley: Friedrich L o r e n z, seit 35 Jahren organisiert. — Buer-Scholven: Julius D i e m a n n, seit 1901 Mitglied.

Chreihrem Andenken!

### Kranzspende.

Kirchlinde. Die Kameraden werden ersucht, für September eine Kranzspendemarke zu liefern.

**Zum Lebensgenuss gehört eine pikante GEG-Ligarillo!**  
Schon von 5 Pfg. an in Ihrem Konsumverein!

**Laubsägerei**  
Offene Beine  
H. FUNKE  
Leipzig M. 123  
Theresienstraße 6

**Für RM. 12.50 jahrelang Licht!**  
KONKURRENZLOS u. GARANTIESCHEIN f. 3 Jahre  
Gute Taschenlampe nur RM. 1.80

**BOSCH**  
Jetzt brauchen Sie sich nicht mehr mit Ihrer überladenen Karbid-Lampe abzuplagen. BOSCH hat ein elektrisches Licht für Sie geschaffen, das nur einmalige Anschaffungskosten bereitet. Es ist jederzeit betriebsfertig, versorgt Sie und spendet bei jeder Grundwindigkeit einen weit reichenden, weichen Lichtkegel, der auch die Seiten des Weges gut ausleuchtet. Lassen Sie sich bei einem guten Händler die verschiedenen Ausführungen zeigen, aber verlangen Sie das Rechtlicht von **BOSCH**

**Tuche**  
Fabrik  
Lehmann & Assmy  
Altes Tuchverarbeitungs- und eigener Fabrikation  
Spremburg i. B. 61.

**Stoffe**  
Tuch-Wimpfheimer  
Augsburg 157